

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorkaufstellen ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoristr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Hiltverband Bochum.

## Das Bergvolf von Mansfeld im Kampf!

II. L. In Berlin begannen Anfang Juni auf Anregung der Spitzenverbände der deutschen Industrie Besprechungen mit den Gewerkschaften über die Möglichkeiten, in gemeinsamer Arbeit der furchtbaren Massenarbeitslosigkeit zu steuern und der deutschen Wirtschaft neuen Antrieb zu geben. Produktionsverbilligung und Preisentungen sollten das Mittel dazu sein. Offiziell scheint dabei von den Unternehmern die Auffassung der Gewerkschaften gewürdigt worden zu sein, daß man den letzteren nicht zumuten kann, eine Herabsetzung der Reallohne zuzulassen. Nur einzelne Unternehmergruppen scheinen auf dem Standpunkt zu stehen, wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 6. Juni zum Ausdruck bringt: „Ob bei diesem Prozeß einmal der Reallohn eine Schattierung unter seine bisherige Höhe gerät, ist eine Frage von minderer Bedeutung.“

In Mansfeld handelt es sich nicht um eine Schattierung, sondern um einen

### brutalen Lohnabbau in Höhe von 15 Prozent,

dem keine sonstige Erleichterung der Lebenshaltung gegenübersteht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften einem solchen Bestreben den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen müssen!

Nachdem Verhandlungen über das Lohndiktat der Mansfeld AG. ergebnislos verliefen, der Schiedsspruch beiderseits abgelehnt war, kündigte die Gesellschaft ihrer gesamten Belegschaft zu Ende Mai. Sie wollte ab 1. Juni ihre Betriebe nur denjenigen Arbeitern öffnen, die sich mit dem Lohndiktat abfinden. Die Antwort der Gewerkschaften lautete: „Vom 2. Juni ab darf sich kein Rad der Betriebe der Mansfeld AG. drehen. Eventuelle Notstandsarbeiten dürfen nur mit Zustimmung der Gewerkschaftsleitung verrichtet werden.“

Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, hatte die Leitung der Mansfeld AG. damit gerechnet, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Not und Sorge fast die gesamte Belegschaft sich zur Arbeit einfinden würde. Aber genau das Gegenteil war der Fall! Selten wohl ist eine Arbeitsverweigerung so einmütig erfolgt wie hier. Einige Zahlen mögen das erläutern. Es stellten sich zur Arbeit am 2. Juni morgens:

Wolfschacht	178 von 4100	Bessmererei	10 von 150
Richtungschacht	28 von 3000	Bleihütte	12 von 320
Clothilbeschacht	184 von 1100	Zentrale	8 von 43
Krughütte	23 von 700	Silberhütte	27 von 350
Kochhütte	7 von 700	Kupferhütte	15 von 218
Hobenthalschacht	28 von 280	Gew.-Bahn	15 von 100
Reffingwerk	74 von 1500	Hausverwaltung	8 von 33
Saigerhütte	3 von 230		

Damit war der Plan der Gesellschaft, den Betrieb mit billigeren Arbeitern fortzuführen, gescheitert. Sie schickte die Streikbrecher nach Hause und erließ eine Bekanntmachung, daß sie sämtliche mit dem Kupferschieferbergbau und Hüttenbetrieb zusammenhängende Betriebe mit sofortiger Wirkung stilllegen. Notstandsarbeiten zur Aufrechterhaltung der Wasserhaltung, Wasser- und Stromversorgung sowie zur Instandhaltung der Werke sollten weitergeführt werden. Die Entlohnung für diese Arbeiten sollte zu den neuen Lohnbedingungen „zufällig eines angemessenen Zuschlages“ erfolgen.

Um ihre Niederlage nach außen zu bemänteln, behauptete Mansfeld AG. öffentlich, daß das Ergebnis vom Montagmorgen nur „die Wirkung gewerkschaftlichen Terrors“ sei. Sie erklärte in der Presse:

„Nachdem sich schon am gestrigen Sonntag gegen die zur Aufnahme der Arbeit in den durchgehenden Betrieben erschienenen Belegschaftsmitglieder ein starker, von den Gewerkschaften und von radikalen zum Teil auswärtigen Agitatoren organisierter Terror bemerkbar gemacht hatte, sind die in großer Zahl heute früh bei sämtlichen Gruben und Hütten erschienenen Arbeitswilligen bereits auf den Zugangswegen durch stärkste Gegenwirkung zum größten Teil an der Aufnahme der Arbeit gehindert worden. Nur verhältnismäßig wenigen Leuten gelang es, sich durchzusetzen und ihre Arbeitsplätze zu erreichen.“

Da unter diesen Umständen ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb der Schächte und Hütten unmöglich ist, hat sich die Wertsteigerung im Sinne ihrer Bekanntmachung vom 23. Mai entschlossen, die sämtlichen mit dem Kupferbergbau zusammenhängenden Betriebe mit sofortiger Wirkung stillzulegen. Die Notstandsarbeiten, insbesondere soweit sie die Wasserhaltung der Schächte und die Wasser- und Stromversorgung der Gemeinden betreffen, werden verrichtet.

Die Verantwortung für diesen schwerwiegenden, das ganze Wirtschaftsleben des Mansfelder Landes berührenden Schritt trifft in vollem Umfange die Gewerkschaften. Trotzdem noch am Sonntagabend auch die Preussische Staatsregierung bekanntgegeben hat, daß keinesfalls durch Reichs- oder Staatsubventionen die unbedingt notwendige, überwiegend nur durch Opfer der Nächstbeteiligten mögliche Herabsetzung der Selbstkosten vermieden werden könne, haben die Organisationen auch noch am

gestrigen Sonntag gegen jede Lohnherabsetzung agitiert und dieser Einstellung heute den schärfsten Terror folgen lassen. Dieses Vorgehen der Gewerkschaften ist um so unverständlicher, als ohne diesen Druck zweifellos der größte Teil der Belegschaft die Arbeit zu den von der Wertsteigerung angebotenen Bedingungen fortgesetzt hätte, um sich die Arbeitsstätte zu erhalten.“

Die Gewerkschaften stellten demgegenüber fest, „daß die Weigerung fast der gesamten Belegschaft, zu den von der Mansfeld AG. diktierten Bedingungen ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen, ohne jeglichen Terror erfolgt ist. Die selbstverständliche und erlaubte Gegenwirkung der Gewerkschaften beschränkte sich auf die Aufklärung der Arbeiter über die Absichten der Mansfeld AG.“

### Es hat wohl selten Arbeitskämpfe gegeben, wo die Arbeiter in so großem Maße aus eigener Entschliebung die Arbeitsaufnahme verweigerten.

Terrormassnahmen, die grundsätzlich von den Gewerkschaften abgelehnt werden, sind nicht erfolgt. Das selbstverständliche gültige Zurechnen der Streikposten auf die an Zahl äußerst geringen Arbeitswilligen vollzog sich im hellsten Tageslicht und fast überall unter den Augen der anwesenden Landjäger und Polizeibeamten, die in keinem Falle Veranlassung hatten, einzuschreiten. Die von der Mansfeld AG. gegebene, den Tatsachen widersprechende Darstellung ist nur zu erklären durch die Enttäuschung, welche die Gesellschaft dadurch erlitt, daß die Arbeiterschaft das von der Gesellschaft verfügte Diktat nicht annahm.“

Die einzige „Terrormaßnahme“, von der man am Montagmorgen sprechen konnte, war der Umstand, daß kommunistische Frauen die Fenster Scheiben an einem Autobus zertrümmerten. Allerdings erfüllten die Mansfelder Arbeiter und ihre Frauen ihre Streikpostenpflicht in vorbildlicher Weise. Nicht nur die zum Streikpostenlehre bestimmten Kameraden, sondern Tausende von Arbeitern und Frauen bevölkerten in den frühen Morgenstunden die Straßen, um zu sehen, welche Leute den Mut hatten, der allgemeinen Solidarität zu trotzen. Daß dabei hier und da Zurufe fielen, ist selbstverständlich, im allgemeinen vollzog sich diese Kontrolle aber in der größten Ruhe. Unter dem Druck dieses stillen Massenprotestes kehrte mancher nach Hause zurück. In einem Autobus in Eisbeben saßen über ein Duzend Arbeitswillige. Auf einmal stiegen zehn Mann von ihnen aus und kurz darauf verließen auch die Letzten unter den Bravorufen der Menge den Wagen!

## Wer trägt die Schuld?

Es erscheint notwendig, an dieser Stelle noch einmal auf die Entwicklung der Dinge bei Mansfeld einzugehen. Den letzten Anstoß zu dem Diktat der Mansfeld AG. gab das plötzliche Sinken der Kupferpreise im April, nach dem ein rentabler Betrieb der Werke nicht mehr möglich sein soll. Hier muß zunächst darauf verwiesen werden, daß die Gewerkschaften es nicht ohne Gegenwehr zulassen können, daß die plötzliche Ungunst der Verhältnisse in erster Linie sich auf die Arbeiter auswirken soll. In solchen Fällen hat ein Unternehmen die Pflicht, alle eigenen und staatlichen Hilfsmittel in Anspruch zu nehmen, die möglich sind. Es muß aber hier daran erinnert werden, daß

### eine in jeder Hinsicht unverantwortliche spekulative und finanzielle Mißwirtschaft bei der Mansfeld AG.

dem heutigen Stand der Dinge vorausging. Seit Mansfeld 1921 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war, begann sich ein wüster Ausdehnungsdrang auszuwirken, der jede kaufmännische Voraussicht und Vorsicht vermissen ließ. Wie in der Generalversammlung 1929 mitgeteilt wurde, betrug der Umsatz der eigentlichen Mansfelder Produkte nur ein Drittel des ganzen Konzernumsatzes. In ihrem wilden Ausdehnungsdrang, bei dem sie von gerissenen Finanzleuten gründlich übers Ohr gehauen wurde, kaufte Mansfeld Stolbergaktien zu 240 und 350 Prozent, die heute nur noch 95 bis 100 Prozent gelten! Beteiligungen an chemischen Gesellschaften und Metallhandels-geschäfte endeten mit großen Verlusten. Daraus resultieren 28 Millionen Mark Schulden, die einen Zinsendienst von 3 Mill. M. erfordern. Von ihrem eigenen Großaktionär Wolff kaufte die Mansfeld AG. Aktien zu 225 Prozent, wofür sie ihm 3 Mill. M. neue Mansfeldaktien übergeben sollte. Prozesse machten die beabsichtigte Kapitalerhöhung unmöglich, so daß Mansfeld, um Wolff zu befriedigen, Anfang 1930 auf offenem Markt für über 1 Mill. M. eigene Aktien aufkaufen mußte!

### Die Jahre seit 1925 bedeuten für Mansfeld ein glänzendes Geschäft!

Bei 11,4 Mill. sichtbarem Gewinn konnte sie 13,4 Mill. M. sichtbar für Abschreibungen verwenden. Im Jahre 1929 betrug

## An die Verbandsmitglieder!

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 46 bis 49 des Verbandsstatuts wird hiermit die

## 27. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 20. Juli 1930, nach Breslau einberufen.

Die Eröffnung und Konstituierung erfolgt am 20. Juli 1930, nachmittags 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margarethenstraße 17, während die Verhandlungen am Montag, dem 21. Juli, vormittags 9 Uhr, beginnen.

### Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festschließung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsberichte für die Jahre 1928 und 1929:
  - a) Bericht der Verwaltung.  
Berichtersteller: Husemann.
  - b) Kassenbericht.  
Berichtersteller: Bittner.
  - c) Bericht des Kontrollausschusses.  
Berichtersteller: Kauer mann.
4. Änderung des Verbandsstatuts.  
Berichtersteller: Bleckmann.
5. Das Bergarbeitsgesetz.  
Berichtersteller: August Schmidt.
6. Reaktion in Wirtschafts- und Sozialpolitik.  
Berichtersteller: Bundesvors. H. Müller, M. d. R., Berlin.
7. Bericht vom Gewerkschaftskongreß 1928.  
Berichtersteller: Zimmer.
8. Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongreß 1930 und von den Verhandlungen in Genf über die internationale Regelung der Kohlenproduktion.  
Berichtersteller: Dr. Berger.
9. Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts- und Internationalen Bergarbeiterkongreß.
10. Wahl des Vorstandes, des Beirates, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
11. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
12. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Die Delegierten und sonstigen Teilnehmer der Generalversammlung müssen sich mit dem Mandat und ihrem Mitgliedsbuch beim Betreten des Tagungslokals ausweisen. Zuhörer finden auf der Galerie Platz und haben sich auch durch das Mitgliedsbuch ihrer Organisation auszuweisen.

Die Generalversammlung hat auch über Beschwerden zu entscheiden, die gegen Beschlüsse des Kontrollausschusses eingelegt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß nach § 36 Ziff. 3 unseres Verbandsstatuts die Beschwerdeschrift eine Woche vor Beginn der Generalversammlung im Besitz des Vorstandes sein muß. Da die Generalversammlung am Sonntag, dem 20. Juli, beginnt, müssen die Beschwerden spätestens am Sonntag, dem 13. Juli, auf unserer Zentrale in Bochum einlaufen. Beschwerden, die zu einem späteren Zeitpunkt eingehen, können auf der Generalversammlung nicht erledigt werden.

Den Vertretern von Zeitungen und Korrespondenzbüros werden die Druckfachen und eine Pressekarte rechtzeitig zugesandt, wenn sie sich bis zum 1. Juli unter Angabe des Namens des Vertreters bzw. der Namen der Vertreter bei dem unterzeichneten Vorstand anmelden. Es wird dabei jedoch bemerkt, daß Vertreter von kommunistischen und nationalsozialistischen Zeitungen und Korrespondenzbüros wegen ihrer unsachlichen und niederträchtigen Kampfweise nicht zugelassen werden.

### Der Verbandsvorstand.

der Rohertrag 14,95 Mill. M., 1,68 Mill. M. mehr als im Jahre vorher. Der Reinerlös betrug 3,453 Mill. M., 578 000 M. mehr als im Jahre zuvor. Für Abschreibungen wurden regulär 4,761 Mill. M., 420 000 M. mehr als im Vorjahre verwandt. Außerdem wurden unter Verzicht auf Dividendenzahlung 3,3 Mill. M. für Abschreibung auf Wertpapiere und Beteiligungen verbraucht. Außerdem scheinen millionenteile Abschreibungen erfolgt zu sein.

## Die Löhne der Mansfelder Arbeiter

waren von jeher gering und erhoben sich auch in den letzten guten Jahren nicht auf die Höhe, welche durch das gute Geschäft berechtigt gewesen wäre. 1923 und 1924 standen die Tariflöhne der Zimmerhauer noch auf 2,70 und 2,90 M. Ein Vergleich der

# Briands Europaplan und die Arbeiterschaft.

heutigen Löhne mit jenen Glendalöhnen ist natürlich völlig unzulässig. Während im Jahre 1929 die Kupferpreise um 22 Prozent stiegen, gab es eine Lohnerhöhung von nur 12 Prozent. Für die alten und die neuen von der Mansfeld AG. vorgeschlagenen Tariflöhne für Arbeiter über 21 Jahre unter Tage seien nur einige Beispiele angeführt:

	alte	neue
Gesteinsbauer in Ausrichtung und Abbau	7,50	6,70 M.
Strebhauer	6,20	5,55 M.
Wagenstößer, Füller usw.	5,90	5,30 M.
Anschläger, Abzieher an Hauptfördererschächten	5,90	5,30 M.
Anschläger usw. in Nebenstrecken	5,55	5,00 M.
Anschläger usw. in Förderstrecken	5,15	4,00 M.
Pferdeführer und Hilfsarbeiter	5,05	4,50 M.

Den zuletzt gezahlten tatsächlichen Durchschnittslohn der Belegschaft gibt die Gesellschaft mit 7,60 M. an. Dieser Durchschnittslohn kommt aber nur dadurch zustande, daß 30 Prozent der Belegschaft, die als Strebhauer usw. tätig sind, einen Durchschnittslohn von 9,39 M. erreichen. Auch bei diesen Löhnen ist zu berücksichtigen, daß rund 13,5 Prozent davon als Sozialbeiträge in Abzug zu bringen sind. Wagenstößer und Füller würden also statt 5,30 M.

nur 4,59 M. je Schicht oder 27,50 M. je Woche in die Hand bekommen,

Pferdeführer statt 5,05 M. je Schicht nur 4,37 M. oder 26,20 M. je Woche. Daß solche Löhne keinen Abbau vertragen, liegt wohl auf der Hand.

Bei dieser Gelegenheit darf auch darauf hingewiesen werden, daß die

### Förderleistung

der Mansfelder Arbeiter seit Jahren unaufhaltsam gestiegen ist. Sie betrug, auf Kupfer berechnet, in 1924: 0,75 To., 1925: 1,1 To., 1926: 1,32 To., 1927: 1,58 To., 1928: 1,04 To.

Wenn die Mansfeld AG. unter diesen Umständen die zeitweilige Ungunst der Verhältnisse in der Hauptsache auf die Arbeiter abwälzen will, statt alle Hilfsmittel des Konzerns und der staatlichen Beihilfe in Anspruch zu nehmen, so ist schärfster Widerstand dagegen berechtigt. Es darf hier aber auch darauf verwiesen werden, daß die Mansfeld AG. selbst kürzlich schrieb:

„So trostlos die Lage unseres Unternehmens auch aussehen mag, wird man doch nicht die Hoffnung auf eine spätere Besserung der Verhältnisse aufgeben dürfen, da erfahrungsgemäß die Schwankungen der Metallpreise auch in der Vergangenheit vielfach sehr heftig gewesen sind, wenn auch kaum in einem Ausmaß wie bei den letzten Preisrückgängen.“

## Revolutionäre Zersplitterungsarbeit.

Ein besonderes Kapitel in diesem gewaltigen Arbeitskampf bildet, wie immer in solchen Zeiten, das Verhalten der sogenannten revolutionären Opposition, der kommunistischen Parteileitung und ihrer Presse. Wir haben nicht die Absicht, uns an dieser Stelle ausführlich mit den Ausschweifungen tranthafter Gehirne zu beschäftigen. Nur einige Proben seien gegeben. Der „Klassenkampf“ (Halle) forderte schon am 27. Mai zum sofortigen Streik auf und teilte mit: „Gemäß den Anweisungen der Zentralstreikleitung werden alle sogenannten Notstandsarbeiten unterbunden.“

Natürlich hatte diese kommunistische Zentralstreikleitung in bezug auf solche Fragen nicht das geringste zu sagen. Sie kann die Unorganisierten aufspüren, diese und die Unentwegten, die sich in die Streiklisten der revolutionären Opposition eintragen lassen, mögen sich von ihrer Unterstützung zahlen lassen! Das kommunistische „Zentralstreikkomitee“ hat auch keine Gelegenheit gehabt, Notstandsarbeiten zu unterbinden. Die Anforderungen der einzelnen Betriebe der Mansfeld AG. nach Notstandsarbeiten wurden von der allein in Frage kommenden Zentralleitung der Gewerkschaften in Helbra an Hand der von den einzelnen Werksabteilungen eingereichten namentlichen Aufstellungen geprüft und genehmigt, soweit es sich um absolut notwendige Sicherheitsarbeiten: Wasserhaltung, Wasser- und Elektrizitätsversorgung usw. handelte.

Die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition waren folgende: Ablehnung jeden Schiedsspruches, der Verschlechterungen bringt; Verweigerung der Notstandsarbeiten während des Streiks; Sechsstundenschicht unter Tage, Sechsstundenschicht über Tage; Erhöhung des Schichtlohnes um 2 M.; Uebernahme der Beförderungskosten zu und von der Arbeit durch die Aktiengesellschaft; Abschaffung der Sonntagsarbeit; Verminderung der Lohnklassen, Angleichung der Löhne usw.

Ueber diese Forderungen etwas zu sagen, lohnt nicht der Mühe. Notstandsarbeiten im Interesse der Gesamtbevölkerung werden verrichtet. Daß man bei der Lage des Wertes die Sechsstundenschicht und eine Lohnerhöhung von 2 M. an Stelle des Abbaues von 15 Prozent nicht durchsetzen kann, ist selbstverständlich.

Mit lebhafter Unterstützung der kommunistischen Partei und ihrer Presse, der Landtagsabgeordneten Schlag und Sobotta, wird versucht, die Arbeiter des Reviers aufzurufen. Einmal gelang es diesen Leuten in Eisleben, eine Versammlung zu führen, Funktionäre und Angestellte unseres Verbandes wurden dabei mißhandelt und blutig geschlagen. Am nächsten Tag war dieser Spuk zu Ende. In die Versammlungen haben nur Kameraden mit Streikkarten Zutritt, fremde Erwerbslose, die man in ganzen Trupps von Halle usw. herangeholt hat, können draußen randalieren.

### Eine kommunistische Demonstration am 3. Juni war eine große Meise.

Sie sollte von Eisleben und Hettstedt durch das Revier ziehen und viele Tausende zum Sitz unserer Zentralleitung nach Helbra bringen. Der Zug von Eisleben zählte keine 300, der von Hettstedt kaum 200. Als Sobotta einem unserer Kameraden zurief: „So schwimmen Euch die Felle weg!“, konnte ihm dieser lächelnd antworten: „Bierhundert von Bierzehtausend?“ Vor dem Büro unserer Zentralleitung wurden ein paar „Hoch“- und „Nieder“-Rufe ausgebracht, dann sprachen Sokner, Sobotta und andere zu den Demonstranten. Was ja

Kürzlich hat der französische Außenminister seinen bereits längst gehegten Plan zur Ausführung gebracht und den 27 europäischen Staaten, die zugleich Mitglieder des Völkerbundes sind, eine Denkschrift über ein vereinigtes Europa überreicht. Zu gleicher Zeit fand in Berlin der paneuropäische Kongreß statt, der vom bekannten Vorkämpfer dieser Idee, Grafen Coudehdove, geleitet wurde. Da überdies fast an dem gleichen Tage die Rheinlandräumung von der französischen Regierung befohlen, die Reparationskommission aufgelöst wurde und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ihre Tätigkeit begann, kann man zweifellos von dem Beginn einer einschneidenden Epoche sprechen. Will Graf Coudehdove einen europäischen Staatenbund mit Bundesparlament, Bundesheer, Zollvergünstigungen usw., so will Briand räumlich mehr, sachlich aber weniger.

Briands Denkschrift richtet sich an das gesamte Europa außer Rußland. Sie erstrebt nicht ein Bundesreich, das die Hoheitsrechte seiner Mitglieder auf irgendeinem Gebiet beschränkt, eine Organisation außerhalb des Völkerbundes, dem es sich vielmehr in jeder Weise einfügen hat. Nicht geplant ist ferner ein Schutz- und Trutzbund gegen andere Erdteile oder gegen außenstehende Mächte, etwa gegen die Sowjetunion. Der Vorschlag hat ferner keine Zollunion mit entsprechender Abschließung nach außen im Auge. Wenn dies alles durch Briands Vorschlag nicht erreicht werden soll, so erhebt sich nunmehr die Frage, die Reparationskommission aufgelöst wurde und die Verbesserungsvorschläge auf dem Gebiet der industriellen Produktion, sie verschärft die Krisen auf dem Arbeitsmarkt, welche Quellen politischer wie sozialer Schwankungen sind. Diese Gefahren sind durch die große Ausdehnung der neuen Landesgrenzen (mehr als 20 000 Kilometer) noch vermehrt worden. Das Wirken des Völkerbundes reicht nicht aus, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, dies um so mehr, weil der Völkerbund eine universelle Gemeinschaft sei. Deshalb wird die Verwirklichung einer europäischen Bundesorganisation erstrebt, die europäische Interessen unter der Aufsicht und im Geiste des Völkerbundes miteinander in Einklang bringen soll. Die Einführung des erstrebten Bundesverhältnisses zwischen europäischen Regierungen soll keinesfalls irgendeines der souveränen Rechte beeinträchtigen, die den Mitgliedsstaaten des europäischen Verbandes zustehen.

Als Organe des Europabundes sind gedacht: Schaffung eines repräsentativen und verantwortlichen Organs in Gestalt einer regelrechten Einrichtung der „Europäischen Konferenz“, bestehend aus Vertretern aller europäischen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Zur Vermeidung jedes Uebergewichtes eines Staates soll der Vorsitzende dieser Konferenz jährlich wechseln. Des ferneren ist ein Vollzugsorgan in Gestalt eines ständigen politischen Ausschusses gedacht. Dieser Ausschuss soll in Genf seinen Sitz haben, dortselbst seine Tagungen abhalten, die mit denen des Völkerbundesrates zusammenfallen. Das zu schaffende Sekretariat soll die Durchführung der Weisungen des Vorsitzenden der Konferenz oder des europäischen Ausschusses, den Verkehr zwischen den Signatarmächten des europäischen Vertrages, die Einberufungen der Konferenz oder des Ausschusses, Vorbereitungen ihrer Tagesordnungen, die Ein-

tragung und Bekanntgabe ihrer Entschlüsse usw. verwaltungstechnisch erledigen. Es soll seinen Sitz ebenfalls in Genf haben.

Nach der Festlegung der technischen Seite der Angelegenheit kommt die Denkschrift auf die Zeitgedanken zu sprechen. Allgemein soll das Wirtschaftsproblem der Politik untergeordnet sein. Der Begriff des politischen Zusammenwirkens soll den Endzweck haben, einen Bund zu errichten auf der Grundlage des Gedankens der Einigung und der gegenseitigen Annäherung der europäischen Volkswirtschaften. Das höchste Ziel soll in der Schaffung eines gemeinsamen Marktgebietes zur Höchststeigerung des Niveaus der menschlichen Wohlfahrt liegen. Um zur Durchführung dieses Programms zu gelangen, ist das Zusammenwirken auf folgenden Gebieten gedacht:

Durchführung des von der letzten Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes aufgestellten Programms; Kontrolle der Politik der internationalen Industrieverbände und Kartelle; Prüfung der Möglichkeiten des Tarifabbaues; Zusammenwirken bei den großen öffentlichen Arbeiten der Staaten (Kraftfahrstraßen, Kanäle usw.); Regelung des Durchgangsverkehrs zu Lande, zu Wasser und in der Luft; Förderung des Kreditwesens zur Erweiterung des europäischen Marktes; Lösung gewisser europäischer Sonderfragen der Arbeit, wie die Arbeit in der Flussschiffahrt und in der Glasindustrie; Regelung der sozialen Folgen der Auswanderung innerhalb Europas usw.; allgemeine Anwendung gewisser hygienischer Forderungen, insbesondere Hebung der Gesundheit in den landwirtschaftlichen Gebieten; Anwendung der Krankenversicherung; europäische Seuchenmaßnahmen; wissenschaftliches und verwaltungstechnisches Zusammenwirken im Kampfe gegen die sozialen Gebrechen, die Berufskrankheiten, die Kindersterblichkeit usw.; Zusammenarbeit der Universitäten; Zusammenfassung der wissenschaftlichen Forschung; Verbesserung des Pressewesens usw.; Benützung der Organisation und Arbeiten der Interparlamentarischen Union zur Förderung der Fühlungnahme und des Meinungsaustausches zwischen den Parlamentariern der verschiedenen Länder.

Dies sind die wichtigsten Bestimmungen über das Zusammenwirken auf den verschiedensten Gebieten. Antwort wird bis zum 15. Juli erbeten. Der letzte Abschnitt des Memorandums beginnt mit den Worten: „Einig sein, um zu leben und zu gedeihen — das ist die gebieterische Notwendigkeit, vor der fortan die Völker Europas stehen.“

Die letzten Worte können von der Arbeiterschaft unterschrieben werden. Zweifelloso bildet der Versuch, eine europäische Staateneinheit herzustellen, einen sehr großen Fortschritt. Die Vorschläge liegen in dem Rahmen, die von der sozialistischen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten propagiert worden sind. Die Zerrissenheit Europas ist nicht nur eine Angelegenheit der hohen Politik, sondern sie greift tief in das Leben jedes einzelnen ein. Die oben mitgeteilten sozialpolitischen Forderungen sind besonders beachtenswert. Die Beseitigung der Schutzzollmauern bringt eine Erweiterung des Handels, des Verkehrs und der Produktion. Mit dieser wächst der Spielraum der Lebensbefriedigung und somit der soziale Lebensstandard eines jeden einzelnen Volkes. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird diese Bestrebungen mit Nachdruck fördern. Wenn sie aber in irgendeiner Form greifbare Gestalt annehmen sollten, dann kann die Erledigung dieses großen Problems nicht ohne aktive Mithilfe der Arbeiterbewegung vor sich gehen. Dies ist die Forderung, die wir bei der Befürwortung dieses Planes herausstellen möchten.

an Verleumdungen und Lügen gegen die Gewerkschaften nur denken ließ, wurde von ihnen vorgebracht. An den Kameraden Reddiau, Martmüller, Wolfram, Limberg usw. ließ man kein gutes Haar. Als weintrinkende kapitalistische Agenten, die Monateinkommen von 2000 bis 3000 M. hätten, bezeichnete man sie, die Direktoren in den gemeinwirtschaftlichen Körperschaften, die von den Gewerkschaften entandt werden, ließ man sogar Hunderttausende verdienen. Jedes Wort gegen solche hirnverbrannte Lügen wäre zu schade. Wir hoffen, daß die Mansfelder Arbeiter in den kommenden schweren Tagen so einmütig und treu zusammenstehen, wie das bisher der Fall war. Niemals war Einigkeit und Geschlossenheit notwendiger als heute. Nur in strenger gewerkschaftlicher Disziplin kann dieser schwere Kampf zu einem guten Ende geführt werden!

## Die Ruhrknappschaft 1929.

Den Rechnungsabzählungen der Ruhrknappschaft für das Jahr 1929 entnehmen wir folgende Zahlen:

a) Krankentasse.	
Einnahmen	68 474 429,49 M.
Ausgaben	59 557 978,45 M.
Ueberschuß 8 916 451,04 M.	
Vermögen am Jahresschluß 49 369 579,85 M.	

Die Ausgaben verteilen sich im einzelnen wie folgt:

1. Revierärztliche Behandlung:	
a) der Mitglieder	3 499 064,95 M.
b) der Familien	3 508 629,05 M.
2. Fachärztliche Behandlung:	
a) der Mitglieder	1 438 457,89 M.
b) der Familien	1 388 354,03 M.
3. Arznei und Bäder:	
a) der Mitglieder	2 222 718,45 M.
b) der Familien	686 603,32 M.
4. Krankenhausbehandlung:	
a) der Mitglieder	6 234 798,05 M.
b) der Familien	6 052 238,81 M.
5. Krankengeld	28 565 796,64 M.
6. Fürsorge für Genesende	5 046,07 M.
7. Geburts- und Wochenhilfe	1 760 836,44 M.
8. Sterbegeld:	
a) für Mitglieder	294 569,23 M.
b) für Familienangehörige	487 156,52 M.
9. Sonstiges	31 592,10 M.
Leistungen an Mitglieder insgesamt 56 175 862,05 M.	

Die durchschnittliche Mitgliederzahl der Krankentasse betrug während des Jahres 1929: 370 731, der Beitrag 7 Prozent des Lohnes.

b) Pensionstasse.	
Einnahmen	122 113 762,86 M.
Ausgaben	123 925 474,67 M.
Vermögensabgang 1 811 711,81 M.	
Vermögen am Jahresschluß 59 524 229,96 M.	

Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

1. Invalidenpensionen und Kindergeld	65 860 881,98 M.
2. Alterspensionen und Kindergeld	20 201 903,50 M.
3. Witwenpensionen und Waisengelder	18 278 143,34 M.
4. Befattungsbeihilfe für Invaliden	689 766,84 M.
5. Befattungsbeihilfe für Ehefrauen usw.	355 866,96 M.
6. Ärztliche Behandlung, Arznei und Heilverfahren für Invaliden	1 346 324,63 M.
7. Krankenpflege einschließlich Arznei für Familienangehörige	916 242,96 M.
8. Abfindung bei Wiederverheiratung	497 033,52 M.
9. Abfindung bei Auswanderung	720,00 M.
10. Ueberweisungen an die Reichsknappschaft	10 855 238,29 M.
Leistungen an Versicherte insgesamt 119 002 122,02 M.	

11. Verwaltungskosten:	
a) persönliche	3 646 198,06 M.
b) sächliche	544 280,11 M.

In den Einnahmen sind auch die Zuschüsse aus der Leg Brünning enthalten. Es waren vorhanden am 31. Dezember 1929:

Invaliden nach § 35 RRG	77 554
Invaliden nach § 36 RRG	20 344
Witwen	40 994
Waisen	33 684
c) Invalidenversicherung.	
Die Einnahmen aus Beiträgen betragen 35 466 437,39 M.	
Die Ausgaben setzen sich im einzelnen wie folgt zusammen:	
1. Invalidenrenten	29 920 812,08 M.
2. Hinterbliebenenrenten	14 743 337,70 M.
3. Abfindung	2 113,57 M.
4. Heilverfahren	3 470 119,60 M.
5. Hausgeld	641 514,31 M.
6. Allgemeine Maßnahmen	225 125,03 M.
7. Geschlechtskrankheiten	300 936,21 M.
Leistungen insgesamt 49 303 958,50 M.	

8. Verwaltungskosten: a) persönliche 1 429 140,84 M. b) sächliche 237 699,81 M. Zu den Einnahmen aus Beiträgen kommen noch die Zuschüsse des Reiches, die für Renten der Invalidenversicherung gezahlt werden. Ihre Berechnung findet bei der Reichsknappschaft statt.

An Rentenempfängern hatte die Invalidenversicherung bei der Ruhrknappschaft am 31. Dezember 1929 aufzuweisen: Invaliden 50 625, Witwen 20 996 und Waisen 42 674.

# Demokratie und Arbeiterschaft.

P. Z. „Der Staat ist die organisierte Gewalt der Gesellschaft!“ So sagte Karl Marx. Und damit dürfte der Sinn des Staates restlos enthüllt sein. Damit dürfte aber auch der Arbeiterklasse ihre Einstellung zum Staate klar vorgezeichnet sein.

Wie oft spricht der Arbeiter von der Macht des Kapitals. Daneben auch von der Herrschaft des Arbeitgebers. Was ist darunter zu verstehen? Handelt es sich dabei um überlegene Körperkräfte des Arbeitgebers oder Kapitalisten? Wir glauben, nicht!

Was der Arbeiter hier meint, ist die politische Macht, mit der die Arbeitgeber umworben sind. Es sind die Gesetze und Rechte, die den Arbeitgeber und den Kapitalisten schützen.

Der Arbeitgeber als Einzelperson ist ein hilfloses Wesen gegenüber der großen Masse seiner Arbeiter. Wenn sie nicht mit ihm zufrieden wären, hätten sie ihn bald erledigt. Schon zwei oder drei starke Betriebsräte würden hierzu genügen.

Was schützt aber den Arbeitgeber? Nur die bestehenden Gesetze!

Gesetze aber sind wertlos, wenn keine Macht besteht, die ihre Anerkennung gewährleistet. Und die Macht, die hinter den Gesetzen steht, ist der Staat.

Durch die Gesetze also ist das Zusammenwirken der Menschen geordnet. Durch den Staat aber werden die Gesetze erst in Wirksamkeit gesetzt. Somit ist klar, daß der Staat die organisierte Gewalt der Gesellschaft ist.

Der Kapitalistenklasse ist diese einfache Tatsache stets klar bewußt gewesen. Ihr ganzes Sinnen und Trachten war deshalb immer auf den Besitz der Staatsmacht gerichtet. Die Kapitalistenklasse wurde deshalb auch schlechthin die „herrschende“ Klasse genannt.

Solange sie allein herrschte, hat sie immer nur solche Gesetze gemacht, die ihr zum Vorteil gereichten. So wurde auch den Arbeitern systematisch der Weg zur Staatsmacht versperrt. Das brachte die Arbeiter in Abwehrstellung zum alten Staat. Das Ziel war: den Staat zu zerlegen.

Gemeint war natürlich der Staat als die organisierte Gewalt der herrschenden Kapitalistenklasse. Die Arbeiterschaft wollte selbst die Macht in der Gesellschaft an sich reißen. Daß das auf friedlichem Wege gelingen könnte, hielt niemand für möglich. Die Kapitalisten — so jagte man — werden nicht freiwillig auf ihre Machtstellung im Staate verzichten.

So war es auch. Erst die Revolution 1918 machte den Weg zur Staatsmacht frei für die Arbeiter. Das Deutsche Reich wurde zur Republik erklärt. Die Übertragung der Staatsmacht vollzogen sich nun durch demokratischen Mehrheitsentscheid.

Wer bei Parlamentswahlen die meisten Stimmen bekommt, der besitzt die Staatsgewalt. Bisher hat noch keine Partei allein eine Mehrheit erzielt. So kam es stets zu Kompromissen. Die Arbeiterschaft ist eben nicht einig. Wohl aber ist sie schon stark im Parlament vertreten.

Dieser starke Einfluß der Arbeiterschaft macht sich heute schon bemerkbar. Staatspolitik und Staatsverwaltung sind viel sozialer als früher. Den besten Beweis hierfür bietet der Reichsetat.

Im Reichsetat sind Einnahmen und Ausgaben der Staatsverwaltung sichtbar gemacht. Besonders interessieren dabei den Arbeiter die Ausgaben. Die Ausgaben zeigen nämlich auf, was der Staat alles mit seinem Gelde macht.

Früher war der Staat hauptsächlich auf die Interessen der Kapitalisten zugeschnitten. Militarismus und Polizeiwesen verschlangen den größten Prozentsatz der Staatsausgaben. Die sozialen Ausgaben waren verhältnismäßig gering.

Heute ist das schon anders geworden. Als sprechendes Beispiel diene folgende Gegenüberstellung. Es betragen:

	1913-14		1926-27	
	Millionen Mark	Proz.	Millionen Mark	Proz.
<b>1. Soziale Ausgaben:</b>				
Fürsorge und Gesundheit . . . . .	415	7,7	1771	13,1
Erwerbsloshilfe . . . . .	2	—	327	6,8
Kriegsverföhrung . . . . .	61	0,76	1485	10,3
Wohnungswesen . . . . .	1	—	869	6,4
	478	8,46	4452	36,6
<b>2. Produktive Ausgaben:</b>				
Wirtschaftsförderung . . . . .	100	1,78	303	2,2
Beruf . . . . .	467	8,8	834	6,2
Kommunale Anstalten . . . . .	203	3,7	254	1,9
	770	14,28	1391	10,3
<b>3. Bildung:</b>				
Insgesamt . . . . .	1126	20,9	2145	15,8
<b>4. Sonstige Ausgaben:</b>				
Allgemeine Verwaltung . . . . .	336	6,2	598	4,4
Sicherheit . . . . .	2089	38,7	1619	11,9
Finanzverwaltung . . . . .	217	4	633	6,7
Schuldendienst . . . . .	421	7,8	419	3,1
Sonstiges . . . . .	27	—	13	0,1
	3063	56,7	4973	38,7
<b>Gesamtausgaben:</b>	<b>5386</b>		<b>13556</b>	

Die Wandlung gegen früher ist auffallend. 1913-14 wurden 38,7 Prozent der Staatsgelder für den Sicherheitsdienst nach außen und innen verwendet. Im Etatsjahr 1926-27 nur 11,9 Prozent. Für soziale Zwecke 1913-14 aber nur 8,46 Prozent, gegen 36,6 Prozent im Jahre 1926-27.

Hierzu muß weiter die neue soziale Gesetzgebung berücksichtigt werden. Durch sie brachte die Sozialversicherung der Arbeiterschaft große Fortschritte und Erfolge. 1913 betragen die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Sozialversicherung insgesamt nur 1,1

Milliarden Mark, im Jahre 1928 schon 5 Milliarden. Entsprechend sind natürlich die Sozialbezüge (Renten und Krankengeld) für die Arbeiter gewachsen.

Die Situation ist also völlig verändert. Wie ist das möglich geworden? Nur durch die Wandlung der Staatsfunktion. Die Staatsmacht ist heute kein Monopol einer einzigen Klasse mehr. Jeder Klasse steht heute der Weg zur Staatsmacht offen. Und die Arbeiterklasse ist zahlenmäßig die stärkste.

Darin liegt die Erklärung. Rein formal gesehen kann die Arbeiterschaft zu jeder Zeit die Staatsmacht übernehmen. Sie braucht nur zu wollen.

Mit dieser Tatsache muß heute jede politische Gruppe rechnen. Gegen die Arbeiter kann eben keine Politik gemacht werden. Geschicht das aber trotzdem, dann laufen die Regierenden Gefahr, von der Arbeiterschaft davon gejagt zu werden. Regierungsmehrheiten sind eben nur möglich mit Hilfe von Arbeiterstimmen.

Rein politisch also haben die Arbeiter eine günstige Position. Das gilt wenigstens so lange, als die Demokratie besteht. Die Regierenden müssen in der Demokratie um die Gunst der Arbeiter buhlen. Mit anderen Worten: sie müssen eine Politik treiben, die einigermaßen die Arbeiter befriedigt. In welchem Maße das geschieht, zeigt die oben gegebene Gegenüberstellung von 1913-14 zu der neueren Zeit.

Es ist also ganz klar, daß die Arbeiter die Demokratie verteidigen müssen. Die Demokratie ist die Herrschaft der

## Demokratie und Sozialismus

Die soziale Revolution setzt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, und das Proletariat konnte und kann die Staatsgewalt nicht anders als mit revolutionären Mitteln erobern. Ist aber erst die politische Macht erobert, dann ist dem Proletariat eine ganz neue Aufgabe gestellt, die nicht mehr mit den Mitteln, die der politischen Revolution angemessen waren, bewältigt werden kann. Denn die politische Revolution kann immer nur, wie Marx sagte, »die Elemente der künftigen Gesellschaft freisetzen«; aus diesen Elementen aber die neue Gesellschaft aufzubauen ist eine Aufgabe, die nicht im Straßenkampf, nicht im Bürgerkrieg, sondern nur in schöpferischer Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit vollbracht werden kann.

Die politische Revolution ist eben nur die halbe Revolution. Sie hebt die politische Unterdrückung auf, aber sie läßt die wirtschaftliche Ausbeutung bestehen. Der Kapitalist und der Arbeiter — sie sind rechtlich einander gleich, sie genießen gleiche politische Rechte, aber darum bleibt doch der eine Kapitalist, der andere Arbeiter, bleibt der eine Herr von Fabriken und Bergwerken, der andere arm und schutzlos wie eine Kirchenmaus.

Die politische Revolution hebt die wirtschaftliche Ausbeutung nicht auf, sie macht sie vielmehr erst recht fühlbar. Haben wir dazu die Allgewalt des Kaisers gestürzt, um der Allgewalt des Kapitalismus unterworfen zu bleiben? Haben wir dazu die Herrschaft der Generale, der Bürokraten, der Feudalherren gebrochen, um Knechte von Bankdirektoren, Kartellmagnaten, Börsenrittern zu bleiben? So fragen die Arbeitermassen. Die halbe Revolution weckt den Willen zur ganzen. Die politische Umwälzung weckt den Willen zur sozialen Neugestaltung. Der Sieg der Demokratie leitet den Kampf um den Sozialismus ein. Otto Bauer.

Mehrheit. Die Mehrheit aber im Staate stellt die Arbeiterklasse.

Die Kapitalistenklasse ist deshalb im tiefsten Grunde Gegner der Demokratie. Die Kapitalisten bekennen sich nur gezwungen zu ihr. Zumindest hört ihre demokratische Einstellung dort auf, wo ihre Grundrechte angetastet werden.

Wir sind diesem Punkt aber bedenklich nahe gekommen. Deshalb auch wieder die wachsenden Schwierigkeiten in der Politik. Die politische (Staats-) Macht ist am Ende auch eine wirtschaftliche. Und die Wirtschaftspolitik des Staates muß mit den Kapitalisten einmal in Kollision geraten.

Das heißt dann, wenn die staatliche Wirtschaftspolitik sich zu stark an den Arbeiterinteressen orientiert.

Arbeiterinteressen und Kapitalisteninteressen stehen sich nämlich feindlich gegenüber. Beide sind auf Anteilnahme am Wirtschaftsertrage gerichtet. Die Arbeiter wollen einen hohen Anteil in Form hoher Löhne und ausreichender Sozialversicherung. Die Kapitalisten aber streben nach hohen Profiten.

In diesem Streite beobachten wir die Staatsmacht als die ausgleichende und vermittelnde Instanz. Wir sagten ja, daß der Staat die organisierte Gewalt der Gesellschaft sei. Die Gesellschaft aber ist ja nichts anderes, als die Gesamtheit der Schaffenden, besonders der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Bei der Staatsmacht also liegt am Ende die Entscheidung über den sozialen Interessentritt. Letztlich also ist das nichts anderes, als der Streit zwischen Arbeitnehmer

und Arbeitgeber um den Anteil am Wirtschaftsertrage in Form von hohen Löhnen und Sozialversicherung bzw. Profiten.

Je mehr also der Staat von einer Gruppe abhängig wird, desto mehr muß er gegen die andere entscheiden.

Politisch also ist die Staatsmacht von der Arbeiterklasse (durch ihre Mehrheit) abhängig, wirtschaftlich aber wieder von der Kapitalistenklasse. Das ist die Zwitterstellung der heutigen Demokratie.

Die Arbeiter drohen, den Staatsführern ihre Gunst zu entziehen, wenn Politik gegen sie gemacht wird. Die Kapitalisten wollen Politik gegen sie bestrafen mit Vorenthaltung der materiellen Mittel, ohne die kein Staat existieren kann.

Was ist da zu tun? Nicht anderes, als daß die Arbeiterschaft zu beweisen hat, daß sie die stärkere Gruppe ist. Sie hat vor allem den Bestand der Demokratie zu verteidigen. Die Demokratie gewährleistet ihr am besten die Kontrolle der Staatsgewalt. Die Kapitalistenklasse hat sich dazu zu entscheiden.

Entweder muß sie sich der Mehrheitsregierung unterordnen oder — sie muß rebellieren!

Das letztere wäre auch für die Arbeiterklasse das Signal zum Handeln. Die Demokratie hat die Arbeiterklasse nicht zu scheuen. Die Demokratie — als Staatsherrschaft der Mehrheit — ist ja Arbeiterherrschaft. Wo das nicht der Fall ist, liegt es nur an dem freien Willen der Arbeiter selbst. Hier bleibt dann nichts zu tun übrig, als die Arbeiter aufzuklären.

Wo aber die Kapitalistenklasse die Demokratie vergewaltigt, dort ist damit auch der Arbeiterschaft geschichtlich-moralisch Handlungsfreiheit gegeben.

Das heißt: die Gefährdung und Beseitigung der Demokratie darf — von der Arbeiterschaft aus gesehen — nur in proletarisches Herrschaftsrecht überleiten.

Nur die Demokratie gewährt jedem einzelnen das Recht des freien Interessentkampfes. Daß auch hier schließlich einer der unterliegenden Teil sein muß, liegt nicht an der Demokratie, sondern ist logisches Schlußgesetz jeden Kampfesprozesses.

Wir lassen hierbei außer Betracht, daß die Demokratie den idealen Ausgleich in freier Uebereinkunft die größten Chancen bietet. Mehr ist, bei der Unvermeidlichkeit von Interessengegensätzen, nicht möglich. Eine sozial-liberalere, das heißt in diesem Falle sozial-gerechtere und im voraus entgegenkommendere Lösung ist nicht zu schaffen.

Wer bewußt gegen diesen Zustand ankämpft, der kämpft für die Bevorrechtung von einzelnen oder Klassen. Damit aber wird der Kampf gegen solche Bestrebungen ein Kampf der Notwehr. Dieser Kampf der Notwehr kann wiederum dann nur enden in einem Sieg der Selbstherrschaft. Das ist es, wessen sich die Arbeiterschaft heute bewußt sein muß.

Das ist es aber auch, dessen sich das Bürgertum bewußt sein muß. Man spielt dort viel mit dem Gedanken der Diktatur. Ist man im Bürgertum auch sicher, wer dann diktiert?

Wir stellen nur die Frage. Jeder möge sie sich selbst beantworten.

Eines ist zwar sicher: Eine Diktatur über die deutsche Arbeiterschaft ist nicht möglich. Die günstigste Möglichkeit wäre hier höchstens eine Diktatur mit der deutschen Arbeiterschaft.

Diese ganzen Fragen sind heute sehr aktuell. Ohne die Sozialdemokratie in der Regierung ist heute schon jede Mehrheit sehr, sehr problematisch. Wie nun, wenn man die Sozialdemokratie nicht mehr will und keine andere Mehrheit mehr findet?

Diese Situation ist bei der nächsten Wahl Wahrscheinlichkeit. Schon jetzt ist die Mehrheit der Regierung schließlich nur einem Intrigenspiel zu verdanken. Sogar ist nur einmal möglich. Und nachher?

Die Frage steht offen. Die Wirklichkeit muß sie beantworten. Der Demokratie ist nicht auszuweichen. Man muß sie entweder bejahen und sich dann in ihre Gesetzmäßigkeit einfügen.

Oder man lehnt sie ab. Dann aber muß man sich klar sein, daß das einmal den großen Entscheidungskampf um die Alleinherrschaft, die Diktatur, bringt.

Heute versucht man noch, der Demokratie auszuweichen. Man will damit den Forderungen der Demokratie, das heißt ihrer Mehrheit, der Arbeiterklasse, ausweichen.

Müßiges Beginnen! Die Demokratie ist da und damit das Herrschafts- und Forderungsrecht ihrer Mehrheit. Sich mit der Demokratie abfinden, verlangt ein Abfinden mit den Arbeiterforderungen. So ist die Situation!

Die Entscheidung liegt bei den Bürgerlichen. Das heißt die Entscheidung liegt in der logischen Entwicklung. Sie möglichst vorteilhaft zu beeinflussen, zu eigenen Gunsten, das ist das einzige, was man vorerst machen kann.

Die Arbeiterschaft hat es dabei noch am leichtesten. Sie braucht nur die Demokratie und ihr natürliches (Mehrheits-) Recht zu verteidigen.

Das einsehen, ist das Gebot der Stunde. Dahinter verschwindet der Streit um „die richtige Taktik“. Es gibt heute nur eine Taktik, die zu bekämpfen ist. Wir verstehen darunter jene Taktik, die sich nur in öder Kritik tagespolitischer Maßnahmen gefällt und damit das Vertrauen der Arbeiterklasse in sich selbst unterwühlt.

Erkennen wir deshalb dieses Gebot der Stunde: Ordnen wir uns ein in den Kampf um den Bestand der Demokratie! Darin liegt der beste Kampf um die Arbeiterrechte. Entweder bringt dieser Kampf die Einordnung der bürgerlichen Welt in die demokratische — für alle gleiche — Rechtsentwicklung, oder aber die Entscheidung in einem sich sonst als unverzeihlich erweisenden sozialen Interessent- und Klassenkampf.

# HAUS UND LEBEN

## Ich glaube.

Ich glaube an das Leben. Mag die Not auch sein. Ist so vielen auch die Arbeit noch vorenthalten. Ich glaube an das Leben, an das Recht.

Es läßt sich nicht immer knechten! Und fühlt sich auch heute das Rohe, wie es Besty ist, noch so stark: das Recht ist stärker. Und das Leben siegt. Und die Freiheit wird werden.

Habt Mut, ihr Gequälten! Laßt den Glauben nicht wanken! Mögen sie vorübergehend auch wüten, ihr tragt dennoch das Stärkere und Stolze in euch. Ihr tragt dennoch die Zukunft, wenn ihr euren Glauben an die Freiheit nicht erschüttert werden laßt.

Glaube ist Kraft. Glaube ist Trost. Glaube ist Leben. — Ich glaube, und ich erlebe, daß ich dennoch frei bin, weil ich glaube.  
Dr. Gustav Hoffmann.

## Mutter Jones.

### Eine hundertjährige Rebellin.

„Mutter Jones!“ Diese beiden Worte sind die letzten drei, vier Jahrzehnte in Nordamerika von Millionen Proletariern, von Männern, Frauen und Kindern liebevoll gestültert worden. Das ist besonders inbrünstig dort draußen, weit abseits von der städtischen Kultur geschehen, wo die Menschen, die Erzgräber, Kohlenhauer oder Holzfäller von Gott und der Welt verlassen sind. Dort ward in den beiden Worten Liebe und Dank, Hoffnung und Zuversicht ausgedrückt. Und lehtin, am 1. Mai, war das abermals und in besonderem Maße der Fall. An diesem Tage beging Mutter Jones ihren hundertsten Geburtstag. Bei dieser Gelegenheit sind ihr — verbintertmaßen — mehr Liebes- und Dankesbeweise zuteil geworden, als je irgendeiner Frau. Die amerikanische Arbeiterpresse feierte sie als die erste der Frauen. Unzählige Menschen sind an ihrem Geburtstage nach dem Farmhaus vier Meilen außerhalb Washingtons gepilgert, um die Greisin wieder zu sehen und ihr zu danken, die ihnen schon als Kinder Hochachtung einflößte und ihnen in einer schweren Not beistand. Auch ein Hausen Arbeitsloser war gekommen, der am Morgen noch zu Washington in der Brodlinie gestanden, um der Frau eine Herzengabe darzubringen, deren Herz immer für die Bedürftigsten der Proletarier am heißesten schlug. Ueber den Feldweg, der zu dem Farmhaus führt, hatten Arbeiterhände über Nacht einen Holzbogen errichtet, worauf geschrieben stand: „Mother!“ Und damit die Mutter noch einmal zu ihren „Sungens“ in ganz Amerika sprechen konnte, war das Farmhaus mit einer Radioanlage ausgerüstet worden.

Die Greisin erntete unbegrenzte Liebe, weil sie den Unterdrückten unbegrenzte Liebe gespendet hat: Wenn die Erzgräber, die Bergknappen, die Textilarbeiter, die Holzfäller irgendwo in diesem weiten Lande in einem schier aussichtslosen Handgemenge mit ihren Ausbeutern standen, tauchte, wie vom Himmel gefandt, Mutter Jones auf. An der ersten Hütte des Arbeiterlagers pochte eine kleine, weißhaarige, altmodisch gekleidete Frau an die Tür. In irgendeinem Spalt wurde ein ängstlich spähdendes Gesicht bemerkbar: „Mach auf, Schwester, ich bin Mutter Jones!“ Sofort flog die Tür auf, gleich sah die Fremde an dem roh genagelten Tisch, daß was man gerade hatte und leerte währenddessen den targen Inhalt ihrer Reisetasche den Kindern aus. Daß ihr eine Lagerstatt für den Abend hergerichtet wurde, war selbstverständlich.

Eine Stunde später stand sie inmitten der Streikenden auf einer Holzliste, redete zu der tausendköpfigen Schar von hartknöchigen Männern mit ihrer weichen, hergerwärmenden Stimme. Die dumpfe Verzweiflung machte bald froher Zuversicht Platz. Eben noch hatte man sich von Gott und den Menschen verlassen gewöhnt — jetzt aber mußte alles gut werden, denn er war ja jetzt da, der „Engel der Bergleute“. Natürlich über-

## Melner Frau gewidmet.

# Die Arbeitsfrau.

Ich seh dich jeden Morgen  
Zur Arbeitsstätte gehn.  
Ich seh dich voller Sorgen  
An der Maschine stehn.

Früh-spät hält dich gefangen  
Die Mühsal der Fabrik.  
Staub fället deine Wangen,  
Dunst schleiert deinen Blick.

An Kirchen und Palästen  
Geht hin und her dein Schritt.  
In Nischen, auf Podesten  
Hält dumpf dein müder Tritt.

Zu Hause neue Plage,  
Zu Hause neue Pflicht.  
So rinnen deine Tage  
In Mühsal und Verzicht.

Dein Golgatha auf Erden  
Wird spurlos nicht verwehn:  
Aus deinem Schoße werden  
Die Rächer auferstehn.

Schon röten sich die Strahlen  
Der Menschendämmerung,  
In flammenden Fanalen  
Erscheinst du schön und jung.

Und aus dem Flammenmeere  
Steigt dann ein neu Geschlecht  
Zu letztem Kampf und Wehre  
Für dein entweihetes Recht.

Du stellst die rote Fahne  
Dann zwischen Tag und Nacht.  
Gewitter und Orkane  
Verkünden deine Macht.

Orkane und Gewitter  
Umrausen deinen Thron  
Mit dem Triumph der Ritter  
Der letzten Rebellion.

Die bunte Sternkorona  
Umkunkt deinen Platz,  
Denn du bist die Madonna  
Des Proletariats!

Victor Kalinowski

nahm er die Führung, organisierte er den Widerstand, denn er wußte ja aus hundert gleich schweren Kämpfen, wie man mit den Pinkertonbanden, den Schwarzbeinen, dem Scherif, dem Gouverneur umzugehen hatte. Das wußte der „Engel“ in der Tat.

Der europäische Gewerkschafter wird eine solche Rolle einer Frau höchst absonderlich finden. Das war sie schließlich auch in Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Allein, diese Rolle paßte zu den absonderlichen Umständen und Menschen. Man vergegenwärtige sich: Weit draußen in einer Wüstenei wurde ein Kohlen- oder Erzbergwerk eröffnet oder ein Stück Urwald abgeholzt. Während die Werkanlagen errichtet wurden, wurden reihenweise Bretterbuden zusammengeagelt, daneben eine Kirche und ein Gefängnis mit der Polizeistation aufgemauert. Dann wurden aus einer Hafenstadt ein paar Bahnzüge von Proletariern, meist sprachunkundige, unorganisierte, mit wenig Geld, aber viel Hunger herbeigeschafft. Was ihnen der Werbeagent an Lohn versprochen, wurde nicht gezahlt. Die Waren mußten im Laden der Kompagnie gekauft werden. Die Waren waren schlecht und teuer. Die Arbeiter bekamen an Zahltag nur einen Zettel, worauf stand, was sie noch schuldig waren. Davonschleichen konnten die geldarmen, landesfremden Menschen nicht. Wo hätten sie hin sollen? Die Mißstimmung entlud sich in heftigem Konflikt. Dann traten bewaffnete Pinkertons, die Polizei, der Scherif mit dem Priester in Aktion, und der Gouverneur schickte die Staatsmiliz mit Maschinengewehren. Die auffällig gewordenen Proletarier mußten froh sein, nicht aus ihren Hütten geworfen und von dem Grund vertrieben zu werden. Denn alles gehörte ja der Kompagnie, die Pinkertons und die Priester, der Scherif und der Gouverneur, die Kirche, die Richterbank und die Bretterbuden. Und Gewerkschaften gab es für diese Proletarier nicht. Die berufsstolzen, hochbezahlten „Trade-Unionisten“ hatten Wichtigeres zu tun, als sich um die Gott weiß woher zugelaufenen Fremdlinge zu kümmern, die noch nicht einmal englisch konnten.

In solche Zustände und zu solch hilflosen, verzweifelnden Menschen kam Mutter Jones, und gerade immer, wenn sie nicht mehr ein noch aus wußten. Wer sie geschickt hatte, wußte niemand; wer ihre Reisekosten bezahlte, blieb immer ein Geheimnis. Man munkelte, daß sie reich sei. Zwar sah sie nicht danach aus. Sedenfalls hat sie nie einen Dollar verlangt noch einen bekommen. Genug, daß sie gekommen war und die verzweifelnd schwere

Sache der Proletarier in die Hand nahm, voranging gegen den Scherif, die Pinkertons und die Maschinengewehre. Wenn die Flinten schon auf die Streikenden gerichtet waren, ging Mutter Jones allein den Gewehrläufen entgegen — wie hätten Soldaten auf die alte Frau schießen wagen können? Wenn der Scherif Arbeiter eingesperrt hatte, rückte sie ihm auf die Bude. Er war froh, daß er sie los wurde, indem er die Gefangenen entließ. Wenn alles nichts fruchtete, eilte sie nach Washington ins „Weiße Haus“, um dessen Insassen das Gewissen zu schärfen.

Immer war Mutter Jones darauf bedacht, die Sache der in einem gottverlassenen Erdenwinkel geschundenen Proletarier vor die große Öffentlichkeit zu bringen. Wenn irgend etwas, so konnte dies helfen in dem Lande des Puritanismus, dem aus allen Poren christliche Liebe triefte. Als eine Textilarbeitergruppe wieder einmal zwischen ihren brutalen Ausbeutern und der bewaffneten Macht stand und jeder Ausweg verperrt war, nahm Mutter Jones die Frauen und Kinder der Ausständigen und führte sie Tag für Tag durch die Straßen der Reichen. Vor den Willen der Textilfabrikanten blieb der armeilige Hausen eine Viertelstunde stumm stehen. Der Streik war bald beendet.

Bei einem großen Bergarbeiterstreik in Pennsylvania wurden die Aussichten immer trüber. Die große Presse schwieg diesmal, aus Furcht vor dem Trutz, vollständig. Um der Sache eine Wendung zum Besseren zu geben, nahm Mutter Jones einen Hausen der noch schulpflichtigen Kohlenhauer, als sie der Grube entstiegen, zusammen und fuhr ab. Der Polizeitelegraph spielte. Als er herausgefunden hatte, daß Mutter Jones Newyork zu fuhr, wurde die Polizei dort alarmiert. Beim Verlassen des Zuges wurde ihr der Befehl erteilt, daß ihr der Eintritt in Newyork verboten sei. „Was“, lachte Mutter Jones, „ihr wollt einer alten Frau mit einer Handvoll Jüngelchen eure große Stadt verbieten?“ Nach kurzem Ueberlegen: „Paßt mir auf die Jüngelchen auf, ich gehe zum Bürgermeister!“ Der Bürgermeister fand das Verbot ebenso lächerlich wie Mutter Jones. Andern Tags zog sie mit den 75 ausgemergelten, kohlenschwarzen Jungen die Fünfte Avenue, die Straße der Millionäre, entlang. Eine riesige Menge gab ihr das Geleit. In einer Massenversammlung nahm sie mit den Jüngelchen auf der Bühne Platz. Dort nahm sie eins der Kinder, einen Krüppel, in die Arme und stellte es am Bühnenrand nieder mit den Worten: „Und Er nahm ein kleines Kind und stellte es mitten unter ihnen!“ Die ganze Versammlung weinte. Ehe die Kinder wieder bei den Eltern angelangt waren, war Geld genug eingegangen, um den Streik erfolgreich durchzuführen.

Mutter Jones, die im Jahre 1830 in Irland geboren wurde, ward durch bittere Erfahrungen bestimmt worden, ihr Leben den Bedürftigsten der Menschen zu weihen. Das Elend, das sie als Krankenpflegerin im Bürgerkrieg (1861-62) geschaut, und der plötzliche Verlust ihres Mannes und ihrer vier Kinder, die an einer Seuche starben, trieben sie zu der damals mächtigen Organisation, den „Rittern der Arbeit“. Sie hat auch später die Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung aufrechterhalten, hat sich aber mit Vorliebe denen zugewendet, für die es keine Gewerkschaft gab. Das hat sie bis vor vier oder fünf Jahren mit echt apostolischem Eifer getan. Nur körperliche Schwäche hat sie zu bestimmen vermocht, ihr großes, ihr segensreiches Werk der Menschenliebe aufzugeben. Vor fünf Jahren ging es nicht mehr recht. Sie zog sich zu einer Freundin zurück. Ihre „Sungens“, wovon die meisten nun auch schon ergraut, sind im Geiste bei ihr und wünschen der Hundertjährigen noch viele glückliche Tage. Wir tun dasselbe!  
F. K.

# Die 24. Beitragswoche

läuft vom 8. bis zum 14. Juni 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

## Der Bruder des Volkstommiffars.

Von  
G. Grylin.

Frühmorgens, so um 11 Uhr, als die Vorsteher und stellvertretenden Vorsteher im Büro noch mit Abwesenheit glänzten — als vor Arbeitsbeginn noch die Tippmannsells sich sorgfältig und intensiv die Nasen puderten, erschien in einem soliden Amt ein solider junger Mann.

Der junge Mann hustete höflich, zog seine Krawatte zurecht und trat an einen Lederstuhl heran, aus dem unter einem Marg-Bildnis ein Sportanzug hervorschaute und daraus der aufstehende Haar geschorene Kopf des Sekretärs.

Der junge Mann hustete noch zweitemal, zog wieder seine Krawatte zurecht, lächelte verbindlich und bat den Sekretär, ihn dem Vorsteher anzumelden.

Die Hand des Sekretärs troch gemächlich in die Zoppentasche und zog eine hölzerne Zigarettendose hervor, die er mit der zweiten Hand langsam öffnete, eine Zigarette entnahm und mit dem Mundstück dreimal auf den Tisch klopfte.

Endlich steckt die Zigarette zwischen den Lippen des Sekretärs. Der Sekretär reißt das Zündholz, das Zündholz geht entwei, wird unwillig unter den Tisch in den Papierkorb geworfen. Der Sekretär reißt ein zweites Zündholz. Ein grünes Flämmchen bligt auf. Der Sekretär krümmt sich, vom Geruch des Phosphors angeekelt, und beschirmt die Nase mit der Handfläche. Das grüne Flämmchen verwandelt sich ohne besondere Eile in ein helles. Der Sekretär zündet die Zigarette an und stößt nachlässig ein Rauchringelchen hoch, wo auf weißem Karton in Rundschrift die Worte stehen: „Der verantwortliche Sekretär.“

Der Interessent hustet wieder. Der Sekretär hört nichts. Der Sekretär ist beschäftigt — augenscheinlich. Der Sekretär hat, augenscheinlich, keine Zeit, sich um jeden Besucher zu kümmern.

Der junge Mann lächelt nachsichtig, als er dem Sekretär auseinanderseht, er sei nicht ein gewöhnlicher Interessent, der von einer Amtsstube in die andere stiehlt, sondern sei eigens aus Moskau gekommen, um hier in diesem Amt einen verant-

wortlichen Posten zu übernehmen. Bescheiden fügt er hinzu, er sei „überhaupt“ kein Komjetbeamter, sondern der Bruder des Volkstommiffars, also des Ministers. Dabei erwähnt er einen Namen.

Der Name des Volkstommiffars wirkte wie ein Blitz. Mit einem Sprung stand der Sekretär auf beiden Füßen. Vom Schrecken gelähmt, schob er dem Bruder des Volkstommiffars gleich zwei Sessel hin.

Blötzlich vergaß er seinen „verantwortlichen“ Posten, vergaß Rang und Würde des Beamten. Die ganze Wichtigkeit seiner Würde als Beamter 12. Klasse gegenüber einer solch wichtigen Persönlichkeit erfüllend, prustete er erregt. Stotternd erzählte er dem Bruder des Volkstommiffars von den Schwierigkeiten, denen in der vergessenen Provinz ein Amt ausgesetzt ist, zeigte ihm ein selbstverfaßtes, noch unvollendetes, in strengen Worten gehaltenes Zirkular, das, mit einer fünfstelligen Journalnummer versehen, alle Angestellten des Amtes verpflichtete, pünktlich um 10 Uhr zum Dienst zu erscheinen.

Alsdann bat er den hohen Regierungsvertreter, im Kabinett des Vorstehers Platz zu nehmen, schloß sorgsam die Luftklappe zwecks Vermeidung von zugiger Luft und erläuterte dem Gast den dienstlichen Betrieb.

In der gleichen Zeit befand sich das Büro in heller Aufregung. Der Schreden ging um und fiel alle an. Heli Gott: der Bruder des Volkstommiffars! Schnell ließ man den Vorsteher rufen. Die Tippdamen raffelten mit den Maschinen wie mit einem Maschinengewehr. Die Boten lausten von Zimmer zu Zimmer wie auf Rollschuhen. Der zweite Buchhalter fingerte wie bemußlos auf der Rechenmaschine herum. Kein Besucher wurde abgefertigt, jeder sollte ein andermal kommen.

Endlich erschien der Vorsteher und stellte sich dem Gast vor, der den Zweck seiner Reise eingehend schilderte, schließlich aber durchblicken ließ, er habe im Eisenbahnwagen seine Aktentasche mit allen Dokumenten und Geldmitteln liegen lassen.

Mit ganzer Kraft drückte der Vorsteher auf die elektrische Klingel. Der Sekretär stürzte herein.

„Ich bitte, wegen der Abkommandierung des Genossen durch die Zentralbehörden die nötigen Anordnungen zu treffen. Sie wollen weiter die beste Nummer im Hotel betegen, ein Geßpann

herbeischaffen, dem Genossen ein Mittagessen aufstischen lassen, ihm einen Vorschuß zahlen und mit Dokumenten versehen!“  
Prompt wurde alles erledigt. Jemand wurde sofort abgebaut. Seine Obliegenheiten wurden dem Gast aus der Hauptstadt zugewiesen.

Aus den verschiedensten Kanzleien kamen die Fräuleins herbei, um den Gast aus der Zentrale, den Bruder des Volkstommiffars, zu sehen. Neid klang aus ihren Bemerkungen: „Bei euch ist gut arbeiten! Bei uns Langeweile: ein Kommen und Gehen...“

Die neue „Behörde“ gefiel allen: ausgefuchte Höflichkeit, zuvorkommende Behandlung, ungewöhnliche Herzlichkeit im Umgang mit Menschen. Alle kannten das Fach, das dem Bruder des Volkstommiffars auf der Reise widerfuhr. Alle boten ihm Darlehen an, wobei einer den anderen ausstechen wollte. Diefershalb ließen sich manche sogar einen besonderen Vorschuß geben.

Nach einiger Zeit war der neue Beamte vollkommen eingearbeitet. Eines Tages machte er dem Vorsteher den Vorschlag: „Sehen Sie, Genosse... Es ist notwendig, den Massen näherzukommen... Man muß sich überzeugen, welche Bedürfnisse die arbeitende Klasse hat. Ich habe die Absicht, die Provinz zu bereisen.“

Unvergülich ordnete der Vorsteher an: „Billetts ausfertigen — Vorschuß zahlen — Pferde herbeischaffen!“  
Der Bruder des Volkstommiffars trat seine „dienstliche“ Reise an.

Eine Woche verging, dann die zweite — nichts zu hören und zu sehen.

Die dritte, die vierte Woche verrann.  
Telegraphische Anfrage in Moskau. Antwort: die Zentrale habe dortseits niemand abkommandiert, der genannte Volkstommiffar habe keine Brüder, er sei das einzige Kind seiner Eltern.

Vermutet ihr vielleicht, daß dies alles im „Revisor“ von Gogol geschrieben steht?

Nein — in den Akten der Arbeiter- und Bauerninspektion der Stadt Homel!

Deutsch von Victor Kalinowski.

# Hände weg von der Sozialversicherung! Gebt Arbeit!

Zum 30. Mai hatten die Bundesvorstände des ADGB. und des AFA-Bundes ihre maßgebenden Vertreter zu einer sozialpolitischen Kundgebung in den Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats in Berlin geladen. Peter Grafmann begrüßte die Kollegen und die Behördenvertreter, darunter Reichsarbeitsminister Stegerwald, Dr. Sigler und Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums.

Nach einer kurzen Einleitung Grafmanns sprach Kollege Spliedt vom ADGB.

## für den Schutz der Arbeitskraft.

Weil die Finanzschwierigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden zum Anlaß eines Generalangriffs gegen die Einrichtungen der Sozialpolitik genommen werden, ist zu untersuchen, ob in der Tat die Sozialpolitik Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und ob durch einen Abbau der Sozialpolitik eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft und gleichzeitig eine Belebung der Volkswirtschaft erzielt werden kann.

Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen Mark heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsstats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein unrationell arbeitender Verwaltungsapparat, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die furchtbare Arbeitslosigkeit verantwortlich. Diese Lasten zu tragen, ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitssuchenden in die Wirtschaft nicht gelingt.

An dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden; daher können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Sie müssen aber andererseits gegenüber der verhältnismäßig geringen erhofften Ersparnis von etwa 100 Millionen Mark eine berechnete Empörung in der gesamten, von ihnen betroffenen Arbeitnehmererschaft auslösen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Dagegen kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die insbesondere eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden.

Frrig ist auch die Auffassung, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendigen Mittel durch den Aufbau sonstiger Sozialleistungen, insbesondere derer der Krankenversicherung, eingespart werden könnten. Ziel der auch von uns als notwendig anerkannten organisatorischen Reform der Krankenversicherung kann nur die gesteigerte Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieser Versicherung, niemals aber die Beschränkung ihrer Unterstüßungen sein.

Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar zufällig,

## Die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des deutschen Arbeitnehmers.

Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Massenkaukraft gerade der deutschen, vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antrieb geben könnten. Der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn verfolgen beide das gleiche Ziel: bei der Verteilung der inneren Lasten in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Arbeitnehmers zu senken. Demgegenüber erklären die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Öffentlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeitnehmererschaft entgegenstellen werden.

Ueber das Thema:

## Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik

sprach dann M. Eggert, Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ADGB.

Wenn von der katastrophalen Wirtschaftslage gesprochen wird, so darf dieses Urteil nicht unbefehlen hingenommen werden. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stockung eingetreten. Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmahnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rückichtslose Drosselung der Auslandskredite.

Die von den Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preisentkungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzulegen. Wenn diese Preisentkungen zu einer zeitweiligen Verringerung der Rentabilität führen, so ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In Notzeiten muß eben die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Ausland hereinzuholen.

Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarcktes zu erstreben. Der Redner schloß mit den Worten:

„Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Befehl und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung!

Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden!

Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bemühen: Es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!“

Reichsarbeitsminister Stegerwald wies auf die Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft hin, auf die Tatsache, daß überall die Produktion dem Bedarf vorangeeilt sei. Die deutsche Landwirtschaft arbeite seit Jahren mit Unterbilanz, zwei Millionen Arbeitslose schwächen die deutsche Kaufkraft um 4 bis 5 Milliarden Mark. Es sei leicht gesagt, mit den 2 Milliarden für die Arbeitslosen lieber Arbeit zu schaffen. Um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigen zu können, sind an 6 Milliarden Mark notwendig. Diesen Betrag kann gegenwärtig keine Regierung, mag sie zusammengesetzt sein wie sie will, weder durch Auslands- noch durch Inlandsanleihen, noch durch laufende Steuern beschaffen.

Wette Kreise machen sich in Deutschland von der wirtschaftlichen und finanziellen Größenordnung keine rechte Vorstellung. Von etwa 70 Milliarden Mark deutschen Volkseinkommens entfallen etwa 46 Milliarden Mark auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte, die sozialversicherungspflichtig sind, 33 bis 34 Milliarden. Wir geben im laufenden Jahre aus für Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege mindestens 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, Reparationen 2 Milliarden, an höheren Zinsen, die die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern aufbringen muß, 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder gut 20 Prozent des deutschen Volkseinkommens, oder mehr als 30 Prozent der Löhne und Gehälter, die in Deutschland gezahlt werden, oder etwa 44 Prozent des Lohns und Gehalts, das die Arbeiter und Angestellten beziehen, die sozialversicherungspflichtig sind. Aus einer Wirtschaft können nicht beliebig Abgaben herausgepreßt werden, wenn noch etwas übrigbleiben

soll für die Lohn- und Gehaltsquote. Ich habe als Arbeitsminister bestimmt keine Veranlassung, in Zweckpessimismus zu machen. Trotzdem muß ich sagen, unsere Lage ist augenblicklich ernst. Die Reichsregierung wird alles aufbieten, um die vorhandenen Schwierigkeiten, insbesondere in der Finanzwirtschaft und auf dem Kapitalmarkt, soweit sie überhaupt plöblich lösbar sind, zu überwinden. Durch verschiedene Mahnahmen, die bisher in Angriff genommen sind, hofft die Reichsregierung, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen beitrifft, in kurzer Frist 120 000 bis 150 000 Arbeitern, insbesondere Bauarbeitern, Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für jene, die nicht plöblich in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können, muß gesorgt werden. Innerhalb vier Wochen hat der Reichstag darüber zu entscheiden, wie neben den vorhandenen Mitteln noch für weitere 500 000 bis 600 000 Arbeitslose neue Mittel zu beschaffen sind.

Indem ich Sie einlade, an der Behebung der großen deutschen Wirtschafts- und Arbeitslosennot mitzuarbeiten, wünsche ich Ihrer Tagung persönlich und namens der Reichsregierung den besten Erfolg.

Kollege Bernhard vom Bauergewerksbund, Schöll vom Textilarbeiterverband, Dr. Conner vom Werkmeisterverband schilderten in beredeten Worten die Not in ihren Berufen, sprachen Hilferufe höchster Not. Brandes vom Metallarbeiterverband besprach den Schiedspruch in Nordwest, die Gefahren der Lohnsenkung für die Kaufkraft.

## Preisentkung ja, aber durch Beschneidung der Monopolmacht, nicht der Arbeitslöhne!

In England sind die Löhne erheblich höher als in Deutschland, und dennoch waren die Preise gleichzeitig wesentlich niedriger. Die Preise für Stahlerzeugnisse stiegen am 15. April 1929 in England 63 bis 69 M. die Tonne, in Deutschland 85 M. Im März 1930 betrug der Preis in England 60 bis 62 M., in Deutschland 85 M. Während man aber in Deutschland die Preise hoch hielt, wurden sie für die Ausfuhr gesenkt. Für Stabeisen betrug der deutsche Inlandspreis im März 1929 und 1930 pro Tonne 141 M., der Ausfuhrpreis ab Antwerpen aber im März dieses Jahres 108 M. Die Wirkung dieser Politik auf die deutsche Wirtschaft ist verberlich, denn sie begünstigt die Konkurrenz des Auslandes der verarbeitenden Industrie gegen die deutsche verarbeitende Industrie. Die Folgen zeigen sich. Vom März 1929 bis März 1930 stieg in Deutschland der Produktionsmittelindex, der ausschließlich von der Metallindustrie bestimmt wird, von 137,4 auf 139,1, der Großhandelsindex für Maschinen stieg von 141,5 auf 145,5.

Es ist daher kein Wunder, daß der Rückgang der Beschäftigung im Gebiet mit starker Eisenindustrie, wie zum Beispiel in Sachsen, ganz enorm ist. Diese furchtbare Massenarbeitslosigkeit wird noch verschärft durch die Mahnahme der Konzerne, die die leistungsfähigsten Betriebe aufkaufen, um sie stillzuliegen!

Die hohen Eisenpreise sind völlig unberechtigt, denn die Erzeugerkosten sind zurückgegangen, die Erzeugnisse sind gefallen, die Frachtrate für schwedische und spanische Erze ist 1,50 bis 2 M. niedriger als im April 1929. Selbst die „D. Bergwerks-Zeitung“ gibt zu, daß See- und Rheinfrachten so billig wie nie zuvor sind. Allein für die Erzbeschaffung ist eine Verbilligung von 4 bis 5 Prozent eingetreten. Noch stärker ist die Verbilligung von Schrott, der bei 50 Prozent der gesamten Stahlproduktion verwendet wird. Der Jahresdurchschnittspreis für Kernschrott ging von 60 auf 45 M. oder um 25 Prozent zurück. Bei einem monatlichen Zusatzauf von 250 000 To. Schrott beträgt dadurch die monatliche Verbilligung 3,75 Mill. M. Zur Ueberwindung der Depression ist deshalb ein Preisabbau nicht nur notwendig, sondern auch ohne Lohnabbau durchaus möglich.

Zu dem verbilligten Rohmaterial kommen noch die Wirkungen der Rationalisierung. Eine Gegenüberstellung des Halbjahres April—September 1926 und 1929 ergibt, daß bei einer Belegschaftsteigerung von 5 Prozent die Kohlenförderung um 21 Prozent, die Kokserzeugung um 76 Prozent, die Roheisenerzeugung um 50 Prozent und die Rohstahlerzeugung um 40 Prozent gestiegen sind.

Die Hochhaltung der Preise veranlaßt kleine Werte, ihre Anlagen auszubauen, so daß die Ueberkapazität der Industrie

## Eindrücke von einer polnischen Reise.

h. l. Krakau, der Tagungsort des diesjährigen Internationalen Bergarbeiterkongresses, ist eine historisch-interessante Stadt. Sie hat rund 200 000 Einwohner. Ihre Gründung geht auf das Jahr 700 zurück. Plünderungen und Zerstörungen durch die Tataren vernichteten bis Ende des 13. Jahrhunderts die Siedlung immer wieder, dann aber blühte sie als Sitz der polnischen Könige mächtig auf. Später wurde Warschau Residenz, Polen wurde aufgeteilt, 1846 kam das Großherzogtum Krakau an Oesterreich, 1918 wurde es Bestandteil des neuen polnischen Staates. Man sieht in Krakau eine Menge historischer schöner Bauten. Die Tuchlauben, der Turm des alten Rathauses, die Marienkirche und vieles andere, insbesondere aber der Wawel, das alte Königschloß, sind interessant. Das letztere entstand aus einem alten Kastell im 14. Jahrhundert, wurde immer wieder erweitert, unter den Oesterreichern als Kasernen benutzt und erst seit 1905 wieder restauriert. Eine wunderschöne Kirche, eine Menge prächtiger Säle, Säulengänge im Schloßhof geben ein interessantes Bild. Die Säle zeigen zum Teil wunderschöne kassettierte Decken, schöne Fenster, Gemälde und Teppiche.

Ein prächtiger Parkgürtel umzieht die innere Stadt, entstanden aus den alten Festungsanlagen. Ein ähnlicher Grüngürtel um die neuere Stadt ist im Entstehen begriffen. Neben äußerer Schönheit gibt es aber in Krakau auch viel Not und Elend. So etwas von Wohnungsenge und Wohnungsnot wie in den Hinterhöfen von Krakau bekommt man selten zu sehen.

Empfang und Aufenthalt der Delegierten in Krakau werden ihnen unvergeßlich bleiben. Wir Deutschen bilden uns mit mehr oder weniger Recht ein, gute Organisationskräfte zu sein. Mancher hatte deshalb eine leise Befürchtung, ob beim Krakauer Kongreß auch alles klappen würde. Wir wurden aber sehr angenehm enttäuscht. Die Organisation des Kongresses und der sonstigen Veranstaltungen war glänzend durchgeführt. Zum guten Gelingen des Kongresses trug das Tagungslokal wesentlich bei. Selten wird ein internationaler Kongreß so schön und praktische Tagungsräume finden, wie sie im Rathaus von Krakau zur Verfügung standen. Von der arbeitenden Bevölkerung wurde der Kongreß außerordentlich herzlich aufgenommen. In einer großen öffentlichen Versammlung, zu der Hunderte keinen Einlaß mehr finden

konnten, sprachen ausländische Kameraden, u. a. Hufemann. Die Redner wurden mit Beifall überschüttet. So etwas von Begeisterung, wie sie besonders auch die sozialistische Jugend auf dem Empfangsabend des polnischen Verbandes zur Schau trug, kennt man bei uns nur noch aus den Jungzeiten unserer Bewegung. Eine Mandolinikapelle, von Jungsozialisten gespielt, ein Männerchor gab Kampflieder zum besten, der Bürgermeister sowie der beliebte sozialistische Führer Liebermann und andere polnische Vertreter wie ausländische Kameraden hielten Ansprachen, die begeistert aufgenommen wurden. Polnische und ausländische Arbeiterführer wurden von der Jugend auf den Schultern durch den Saal getragen.

Der Empfangsabend, den die Stadtverwaltung dem Kongreß gab, bot ein buntes Bild. Die Vertreter der Stadt, der deutsche Konful, Professoren von der Universität, Vertreter von Behörden, Gewerkschaften, Genossenschaften und Partei gaben unseren Kameraden Gelegenheit zu erprießlicher und gefelliger Ausprache. Bei dieser Gelegenheit erfuhr wir auch ein Kuriosum aus der neuen politischen Geschichte Polens. In Krakau ist seit 1911 nicht mehr zum Gemeinderat gewählt worden. Der alte Rat existiert noch auf Grund des alten österreichischen Kurienwahlrechts. Während im Bezirk Warschau ein neues Wahlrecht gilt, wie das deutsche Wahlrecht in Polnisch-Oberschlesien, so gilt in Galizien dieses Wahlrecht nur für die allgemeinen Parlamentswahlen. Für die Gemeinden erläßt die Regierung kein neues Wahlrecht, anscheinend, weil sie den Einfluß der Sozialisten fürchtet. Krakau brachte 24 000 sozialistische Stimmen auf, hier und anderwärts ist die sozialistische Partei die stärkste, stellenweise ist sie dicht daran, die Mehrheit aller Stimmen zu bekommen. Von den ungefähr 60 Gemeindevertretern, die noch ihr Amt innehaben, sind 19 Sozialisten. Sie scheinen einen großen Einfluß in der Gemeinde zu haben. Neuerdings hat die Stadt ein Grundstück geschenkt, auf dem eine Arbeiterhochschule errichtet werden soll.

Eine einzigartige Erinnerung wurde den Delegierten vermittelt durch eine vom polnischen Verband veranstaltete Fahrt zu dem Salzbergwerk Wieliczka. Mit Ertramagen der Eisenbahn ging es eine halbe Stunde hinaus. Eine Musikkapelle empfing die Teilnehmer mit der „Internationalen“; was in Wieliczka nur gehen konnte, hatte sich zum Empfang der Delegierten eingefunden. Das Dörchen hat wegen

feines wunderbaren Salzbergwerks oft Besuch, aber gleich 200, davon mehr als die Hälfte Bergarbeitervertreter aus den verschiedensten Ländern, das hat Wieliczka wohl doch noch nicht gesehen. Die wunderbare Grube zu schildern, dazu wären Bilder nötig. Die Anfänge der Grube liegen rund 1000 Jahre zurück. Heute sind fast 1500 Bergleute in der Grube und auf der Saline beschäftigt. Gefördert werden jährlich 180 000 To. Salz, die Förderung könnte aber mit Leichtigkeit erheblich gesteigert werden. Das Steinsalz ist von seltener Reinheit, es weist nur 2 Prozent, stellenweise bis 7 Prozent Verunreinigungen auf. Das Salzgebirge ist von ungeheurer Mächtigkeit. Es werden nur 60 Prozent abgebaut, 40 Prozent bleiben als Sicherheitspfeiler stehen. Mit Hilfe von Demag-Schrämmaschinen und Flottmann-Bohrhammern werden riesige Kammern ausgehauen, die zum Teil die Namen von polnischen Dichtern und Nationalhelden bekommen. So hat man verschiedene Kapellen, die nach der heiligen Kunigunde usw. benannt sind, eine Genral-Haller-Grotte, eine Sienkiewicz-Grotte, eine Biludski-Grotte usw. Einige von diesen Grotten bieten 1006 und mehr Menschen Platz. In einer solchen Grotte sang ein Gesangsverein, spielte die Musikkapelle, hielten ausländische Kameraden Ansprachen. Während des Rundganges durch das Bergwerk folgten von weither die Klänge der Musik. Große Kapellen sind an den Wänden mit ausgehauenen Bildhauerarbeiten geschmückt, an denen ein talentierter Bergmann noch immer arbeitet. Die elektrischen Kronleuchter sind mit einem Gehänge von Salzkristallen umgeben, es ist ein zauberhafter Anblick.

Im schroffen Gegensatz zu diesen Eindrücken steht die Armutlichkeit der Gegend und der Bevölkerung. Zwar liegen die Häuschen im Grünen, aber sie machen einen außerordentlich dürftigen Eindruck, die Bevölkerung sieht schlecht genährt und schlecht gekleidet aus. Der höchste Hauerlohn auf der Grube soll 11,30 Zloty, also etwa 5,20 M. betragen. Der Durchschnittslohn übersteigt aber nicht 8 Zloty = 3,70 M., unter Tage trafen wir einen Füller, der 4,40 Zloty, also ungefähr 2,25 M., verdiente.

Mit dem Nationalismus der Polen ist es eine eigene Sache, über die man nach flüchtiger Information nicht abschließend urteilen kann. Von außen erscheint uns Polen aggressiv nationalitisch. Es ist klar, daß die preußische Polenpolitik vor dem Kriege nicht geeignet war, Liebe

gesteigert wurde. Diese Werte wurden dann aufgekauft, um sie stillzulegen, wodurch etwa

**60 Millionen Mark Kapital direkt verpulvert**

wurden. Trotz dieser Belastungen, hoher Abschreibungen und verschlechterter Konjunktur konnten die Dividenden im letzten Geschäftsjahr erhöht werden im Altköln-Konzern von 6 auf 7 Prozent, bei Hoech von 7 auf 7,5 Prozent, bei Altköln-Neuß von 7 auf 7,5 Prozent, bei den Mitteldeutschen Stahlwerken von 7 auf 8 Prozent, beim Rheinmetall von 6 auf 7 Prozent. Die Vereinigten Stahlwerke haben zwar 6 Prozent Dividende beibehalten, aber im Aufsichtsrat setzten sich gewichtige Stimmen für eine höhere Dividende ein. Krupp hat bei starken Abschreibungen seinen Reingewinn von 7,01 auf 10,9 Millionen Mark erhöht.

Eine vernünftige Anpassung der Eisenpreise an die Konjunktur ist also ohne weiteres gegeben, zumal inzwischen der Zinsfuß für Geld verbilligt wurde und durch eine Eisenpreisverbilligung die Produktion angekurbelt wird, so daß auch eine höhere Ausnutzung der Betriebskapazität und dadurch eine Senkung der Betriebskosten möglich wird.

**Eine Lohnsenkung dagegen würde die Wirkung der Preisentwertung völlig aufheben.**

Die gleichen Kreise, die ein einmaliges Notopfer von 10 Prozent

der hohen Einkommen für untragbar erklären, verlangen, daß die Arbeiter der Nordwest-Gruppe, die bei 53 1/2 Stunden die Woche einen Durchschnittsverdienst von 56 M. haben, ein dauerndes Lohnopfer von 10 Prozent auferlegt bekommen.

Es ist unmöglich, daß sich das die Arbeiterschaft gefallen läßt! Durch die überstülzte Rationalisierung sind 2 Millionen Arbeiter aus der Produktion ausgeschaltet worden.

In seinem Schlußwort warf Graßmann einen Blick auf die aufreizenden Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem

**bei einem Uebermaß an Produktion Hunger und Elend**

herrschen. Gerade die Nutznießer dieser Zustände seien in erster Linie verpflichtet, zur Binderung der Arbeitslosennot durch ein Notopfer beizutragen. Die Arbeiterschaft denke nicht daran, sich mit einer festen, gebundenen Hilfssumme des Reiches für die Reichsanzalt abzugeben. Wer den Arbeitswillen der Arbeitslosen anzweifelt, der müsse zunächst einmal für Arbeit sorgen. Die Arbeiterschaft aber müsse jetzt alle ihre Kräfte zusammenraffen, um in den kommenden Stürmen aushalten zu können. Man werde eine harte Nervenprobe zu bestehen haben. Besser denn je müssen sie heute erkennen, daß, wenn es keine Gewerkschaften gäbe, sie in einer Zeit wie der unfrigen gefahren werden müßten, da ohne sie der Arbeitende und der Arbeitslose von Bohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden.

**Unseren Mitarbeitern zur Beachtung!**

Kürzlich wurden im Brüsseler „Peuple“ die Nützlichkeiten und Schädlichkeiten des milden Winters geschildert. Der Schilderer hat jedoch eine große Schädlichkeit vergessen, die allen Schriftstellungen viel zu schaffen macht: die Dichteritis nämlich. Dieses Uebel tritt gewöhnlich erst mit dem Frühling auf. Wenn sanft die Märzluft weht, überkommt viele Menschen, und oft ganz harmlose, ein unbändiger Drang zum Dichten. Glücklicherweise nimmt der gasartige Trieb zum Herbst hin wieder ab und kommt bei starkem Frost zum Erstarren. Letztlich aber, wo wir einen milden Winter hatten, grassierte das Uebel ungebändigt fort. Das war schon schlimm, und jetzt, wo der Frühling eingezogen ist, ist es noch schlimmer.

Die Dichteritis könnte sich gar nicht so unheilvoll bei den Mitmenschen auswirken, wenn die von ihr Befallenen etwas Widerstandskraft aufbrächten. Das einfachste indessen wäre nun, wenn sie, sobald sich die ersten Zeichen des üblen Dranges zeigen, alle Federhalter und Bleistifte wegschafften, damit er sich nicht auf unschuldiges Papier entladen kann. Wenn dies aber infolge Unvorsichtigkeit dennoch geschehen sein sollte, dann müßte das Papier fest verschlossen werden. Nie aber sollte der Niederschlag der Dichteritis der Schriftleitung übermittelt werden. Ihr Papierkorb ist ja ohnehin schon voll genug.

Nicht wenige unserer Leser, die arbeitslos sind oder kurzarbeiten, wollen ihre unfreiwillige Muße durch Schriftstellerei verwerten. Das ist sehr erfreulich, denn schriftstellerischen Nachwuchs aus der Arbeiterschaft kann die Gewerkschaftspresse gut gebrauchen. Die Absicht, eine so schwierige Kunst zum Nebenberuf zu wählen, läßt auf starke Kühnheit und auf noch was anderes schließen. Allein wenn sich zu ihr ein paar andere Eigenschaften in gleicher Schwere fügen, kann man auf Erfolg hoffen. Um den schmalen Engpaß zum Erfolg ein wenig zu weiten, sei folgendes geraten:

Der angehende Arbeiter-Schriftsteller muß mit dem Studium der Sprache und dem Lesen sprachlich guter Bücher beginnen. Bücher, deren Sätze man mehrmals lesen muß, um hinter ihren Sinn zu kommen, und Bücher, die ein Verdeutschungsbuch erfordern, lasse man ungelesen. Sie verhungern nur das natürliche Sprachgefühl. Ist das Sprachstudium eine Zeitlang gründlich betrieben worden, kann man versuchen, etwas für die Zeitung zu schreiben. Aber ja nicht mit Dichtungen und Phantasiegeschichten anfangen! Um es hierin zu etwas zu bringen, muß man schon ein ziemlich Großer sein im Reiche der Sprache und des Stils, des Fabulierens und des Gestaltens. Das fehlt eine geeignete Vorbildung und eine Umgebung voraus, die dem Arbeiter meist fehlen, und eine natürliche Gabe, die nur wenigen Menschen beschieden ist.

Aber der Arbeiter-Schriftsteller hat den vom Bürgertum stammenden Schreibern einen gewichtigen Vorteil voraus: er

steht von Kindesbeinen an im Strome des wirklichen Lebens, in dem Leben, wo Drama und Lustspiel, Ernst und Komik, Unverstand und Witzbegierde, Untertänerei und Freiheitsdrang in unendlicher Mannigfaltigkeit miteinander wechseln. Das wirkliche Leben ist der Born, aus dem der gediegenste Stoff für die darstellende Kunst sprudelt. Aus diesem Born muß der Arbeiter-Schriftsteller schöpfen, und hieraus kann er auch am tiefsten schöpfen. Leider wird das viel zu wenig getan. Eine Unmenge von Abschreibern bezeugt es. Die Arbeit des Schriftstellers muß, soll sie wirksam, eindrucksvoll sein, nicht bloß aus Worten bestehen, sondern sie muß dem Leser etwas hören und sehen, etwas erleben lassen. Dies setzt voraus, daß der Queller nicht vom Zwischenhändler bezogen ist, sondern aus erster Quelle, vom wirklichen Leben. Dieser Quelle entströmt brauchfertiger und leicht bildfähiger Werkstoff im Ueberfluß: das Ringen um Pfennig und Minute im Betrieb, der hier stets handgreifliche Gegenstand zwischen Kapital und Arbeit, das Erlebnis des Lohnkampfes, Stimmungen und Meinungen an den Stempelstellen, der Streit um Lohn und Recht vor Gericht, die praktische Erfahrung im Betriebsrat, der Werttag der Industriegehalte usw. — das alles ist zur Behandlung vorzüglich geeignet, und keiner ist hierfür besser geeignet als der Arbeiter-Schriftsteller. Er sollte also mit der Darstellung von Vorkommnissen und Eindrücken, mit Tatsächlichkeiten des wirklichen Lebens beginnen. Und wenn er hierin einigermaßen beflissen ist, wird sich das Weitere und Höhere vielleicht auch finden, zumal wenn mit dem Schreiben ein eifriges Studium der einschlägigen Wissenszweige und eine scharfe Beobachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge einhergeht.

Für den Zeitungsschreiber ist der Anfangserfolg überaus wichtig, denn aus ihm quillt Freude und Kraft für die anfänglich recht mühselige Schreibarbeit. Um sich den Anfang zu erleichtern, sollte er einige Ratschläge beherzigen:

Man sage nicht in dem Begleit Schreiben an die Schriftleitung, daß „der interessante Artikel im Interesse aller Leser in der nächsten Nummer an hervorragender Stelle und ohne jede Veränderung“ gebracht werden muß. Die ersten zwei Wünsche vermag selbst der geeignetste Schriftleiter nur selten zu erfüllen, und den letzten Wunsch wird er oft nicht erfüllen dürfen, will er den Ruf des Einsenders nicht ruinieren. Man verweise auch nicht auf irgendwelche Mitarbeiter an anderen Blättern, berufe sich nicht auf große Persönlichkeiten. Das ist bei der Gewerkschaftspresse ganz überflüssig. Für nebelhafte Größen hat sie kein Verständnis. Man lasse nur seine Arbeit sprechen. Die Schriftleitung tut das Beste.

Soll aber die Arbeit gut ansprechen, dann schreibe man nicht auf Pappe, Packpapier oder alte Flugblätter, sondern auf reines und nicht zu dickes Papier. Für die Erhöhung der Postentnahme lasse man andere sorgen. Als Papiergröße wähle man am besten das dem Quartformat am nächsten kommende Din-Format (21 x 29,6 cm). Durch die Wahl des Din-Formats und eines dazu passenden Umfanges gibt der Einsender zu erkennen, daß er nicht nur in der Werkstatt, wo er muß, sondern auch im privaten Verkehr, wo es freiwillig geschieht, sich die wirtschaftlich so vortreffliche Normung zu eigen macht.

Besitz übergangen und auch darin blieben, als die Herren kein Mandat mehr hatten. Wie das gemacht und verantwortet wurde, kann man sich schlecht vorstellen. Der Südpark, aus deutscher Zeit stammend, kilometerweites Gelände umfassend, hat schönen Baumbestand und neuerdings angelegte Terrassen- und Blumenanlagen. Es ist wirklich ein Kleinod in dieser Gegend. Gegenüber liegen Ausstellung und Rummelplatz, im Ausbau begriffen, damit die Bevölkerung nicht mehr wie bisher nach dem deutschen Beuthen zu ähnlichen Veranstaltungen fahren soll.

Dann ging's vorbei an der Baildonhütte, der Bis-marchhütte, der Unglückszeche Kleophasgrube, wo 1896 104 Bergleute durch Schlagwetter den Tod fanden. Manche Siedlungen der Wojewodschaft machen einen netten Eindruck. Dann sahen wir den Hildebrandtschacht, auf dem es 1929 16 Tote gab. Von einigen Zechen machte uns unser Führer Holz die Mitteilung: „6 Verbändler im Betriebsrat, 3 Polen“ usw. Ferner grüßten über die Grenze deutsche Gruben, wie die Heinitzgrube bei Beuthen. Wir sahen das bedeutendste Blei-erzbergwerk Bleischarten, das große Städtewerk Chorzw. Viele von den reichen Gruben sind stillgelegt, 10 von 54 Schächten, auf anderen wurde in dieser Woche schon die zweite oder dritte Feiertagsschicht eingelegt. Zwar gibt es Unterstützung für Arbeitslose, aber wesentlich geringer als in Deutschland. Unsere Kameraden, die jenseits der Grenze auf deutschen Gruben arbeiteten und arbeitslos wurden, bekommen höchstens 12 Zloty die Woche, also rund 5,50 M., einerlei, wieviel Kinder sie haben. Längst sind zwischen Warschau und Berlin Verhandlungen über diese Frage abgeschlossen, wonach auch diesen polnischen Staatsbürgern die volle Unterstützung gewährt werden soll. Man hat ihnen sogar Rückzahlungen der rückständigen Beträge versprochen, aber ausgezahlt wurde bis jetzt noch nichts!

Im ganzen sieht dieses Berg- und Hüttengebiet ab sowohl von Ost- als auch von West-Oberpolen aus wie vom übrigen Polen. Es ist weniger gebaut worden wie auf der deutschen Seite, die alten dreieckigen Kolonien mit Zweizimmerwohnungen in dreistöckigen Häusern beherrschen ganze Ortschaften. Verdient wird mehr als in sonstigen Polen, aber das Leben ist auch teurer — heute ist infolge der Krise die Not groß, die ganze Geschäftswelt leidet mit den Arbeitern.

Man schreibe möglichst mit der Maschine, jedenfalls mit Tinte, aber nie mit Bleistift! Man schreibe groß und deutlich, besonders Zahlen und Namen. Wer das nicht tut, hat sich selbst zuzuschreiben, wenn sein Aufsatz liegen bleibt. Man entzündliche sein schlattriges und schlechtes Schreiben nicht mit Zeitmangel. Eine solche Ausrede darf besonders der Anfänger nicht gebrauchen. Vor allem er muß auf gediegene Arbeit, saubere Sprache und lesbare Schrift bedacht sein. Erst wenn er sich einen Namen gemacht hat, kann er damit rechnen, weniger streng gemustert zu werden.

Vor allem muß immer Name und Wohnung des Einsenders deutlich am Kopfe des Aufsatzes geschrieben werden. Davon scheinen viele Mitarbeiter nichts zu halten. Die Adresse sollte wenigstens bei einer Anfrage nach dem Schicksal des Aufsatzes mitgeteilt werden, weil ohnedem selbst bei rangigster Anfrage nicht geantwortet werden kann.

Man lege jedem unbestellten Aufsatz einen postfertigen Umschlag bei. Wenn er fehlt, nimmt die Schriftleitung an, daß der Einsender auf die Rücksendung keinen Wert legt. Wer allgemeine gewerkschaftliche oder Verbandsfragen in der Zeitung behandeln will, muß den Nachweis der Verbandsmitgliedschaft beibringen. In unseren gewerkschaftlichen Einrichtungen mitzusprechen sind nur Mitglieder befugt, keineswegs aber Nichtorganisierte oder „Sympathisierende“.

Um das Gesagte zu wiederholen: Keine Gedichte und keine Phantasiegeschichten, sondern Erlebnisse, Tatsachen, wirkliches Leben. Kein Abschreiben und wenig Zitate, wohl aber Eigenes in lebendiger Darstellung. Keine Fremdworte, sondern sauberes Deutsch, kurze Sätze und lesbare Schrift. Nie die Adresse, den Freiumschlag und den Mitgliedsausweis vergessen!

**Kamerad, lies!**

Das Verbandsblatt soll nicht nur der Anregung, Belehrung und Aufklärung des einzelnen Mitgliedes dienen. Das Verbandsblatt ist auch zum Lernen bestimmt, und ungeheure agitationalische Werte gehen allmonatlich dadurch zugrunde, daß das Verbandsblatt noch nicht in der erforderlichen Weise in den Dienst der Werbearbeit gestellt wird. Da liegt es so oft in einer Ecke verstaubt, da wird es verbrannt, verbraucht, und die geistigen Werte, die das Blatt enthält und die tausendfältige Frucht tragen können, werden einfach nicht genügend geachtet.

Reiche dein Blatt deinem Kollegen, der es noch nicht genügend kennt! Doch so allgemein ist auch diese Forderung noch ungenügend. Die jagende Zeit läßt vielen keine Muße zur Lektüre eines Blattes, das ihnen noch nicht nahe steht. Da bekommen sie es denn in die Hand und blättern — und legen es fort. Und die Mühe des Mitgliedes war umsonst.

Auch in der Werbeausnutzung des Verbandsblatts müßten wir zu einer rationelleren Methode kommen. Die Lust zum Lesen ist nicht groß, die Zeit ist knapp, das Interesse verschoben. Aber du weißt, was von dem Inhalte deines Blattes den oder jenen Kollegen besonders interessiert. Reiche ihm dein Blatt darum mit dem Hinweis auf diese oder jene ganz bestimmte Arbeit! Leß ihn erst mal nur das lesen, das er wohl gern einmal liebt, und dadurch wird eine lebendige Verbindung geschaffen zwischen deinem Kollegen und deinem Blatt und das Interesse für das Blatt überhaupt und damit auch für den Verband geweckt.

Das Leben mit seiner Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit hat auch so mannigfaltig geartete Menschen geschaffen. Tausendfältig ist das geistige Interesse, und selbst auf bestimmtem Gebiete, wie dem sozialen, gibt es viele verschiedene Neigungen und Gesichtspunkte, von denen aus das Leben betrachtet wird.

Und hier setzt die rationelle Werbearbeit ein. Sie faßt den einzelnen in der Besonderheit seines Wesens, seiner Neigungen, seines Interesses, und sie lenkt aus diesem Besonderen dann auf das Allgemeine hin.

Nach dem Blättern im Blatte hörst du nachher von deinem Kollegen oft nur allgemeine Redensarten, weil er nichts las. Aber biete ihm die besondere Aufmerksamkeit für eine bestimmte Arbeit und er ist geworben, zu Positivem zu stehen und er muß sich mit Positivem beschäftigen. Und du bietest einen festen Punkt, von dem aus er in seiner Weise die Welt deines Verbandes am besten sieht.

Rationelle Verwendung des Blattes im Dienste des Verbandes!

Nimm und lies, Kollege!

Und lies mal das hier!

für Deutschland in Polen zu erwecken. Verweigerung der Niederlegung in Preußen, Verbot der Muttersprache, brutale Verfolgung können die Polen nicht vergessen. Zudem bestand sich Polen noch aus der Zeit seiner früheren Selbständigkeit her im Banne des französischen Kulturinflusses. Kunst und Literatur verdrängen dort viel von dem französischen Einfluß. Daß auch Lundenborff, der im Kriege „gekümmert“ war, um Polen zu befreien, keine Liebe für Deutschland auslösen konnte, versteht sich von selbst. Nach dem Kriege bestand sich das offizielle Polen vollständig im Banne der Entente und nur langsam und teilweise bahnt sich Verständnis zwischen Deutschland und Polen an.

Auch der polnische Arbeiter ist ein begeisterter Anhänger des neuen polnischen Staates, was nach der mehr als hundertjährigen Unterdrückung durch Deutschland, Österreich und Rußland kein Wunder ist. Ueber den Militarismus Polens herrscht bei den Arbeitern nur eine Stimme: sie halten es für unfruchtbar und verwerflich, mit 30 Prozent der Staatsausgaben ein Heer von 300 000 Mann zu unterhalten. Sie sind erbittert gegen Pilsudski, den früheren Sozialisten und jetzigen Diktator.

Polnisch-Oberschlesien. Einige Kameraden, die sich für Versammlungen im polnischen Oberschlesien zur Verfügung stellten, hatten Gelegenheit, sich einen Ueberblick über das abgetrennte Oberschlesien zu machen. Von Königshütte ging die Fahrt über Zauraschütz nach Gieschewald. Wie eine Dose in der Wüste mutet diese Siedlung an, mit ihren im Grün gebetteten hübschen Häusern, nachdem man den höllischen Eindruck der Wälder in der Stadt liegenden Königshütte hatte auf sich wirken lassen. Dieses Hüttenwerk sendet seine giftigen Schwaden, seinen stinkenden Dampf in die Stadt, dem Rathaus gegenüber liegt der „duftende“ Klärteich, in den die Hütte ihre Abwässer schickt.

Kattowitz, 85 000 Einwohner zählend, macht den lebendigen Eindruck wie vor dem Kriege. Manche neuen Anlagen sind hier dagelassen. Ein gewaltiges neues Gebäude ist für die Wojewodschaft Oberschlesiens errichtet, für Parlamente und Verwaltung der neuen Provinz. Gezeigt wurde uns das Gebäude des Unternehmerverbandes und die prächtige Villa Korfantsky, des Polenführers, der früher ein armer Teufel war. Eine Gruppe von Willen wurde uns gezeigt, die für die Parlamentsvertreter der Provinz gebaut wurden, in ihren

Die Lohnverhältnisse sind nicht gut. In der Giftdube von Lipina, der Zinkhütte, arbeiten die Leute 6 Stunden mit der Gasmasken, weil Gas und Dunst nicht abgelaugt werden. Das soll früher einmal geschehen sein, doch habe man diese Einrichtungen nicht erhalten und erneuert. Dabei verdienen die Leute nur 8 Zloty!

Von den Bergarbeiterlöhnen seien einige nach der Lohnordnung erwähnt. (Soziallohn: 0,18 Zloty Hausstandsgeld, 0,28 Zloty Kindergeld sowie kleine Zuschläge für Schichtarbeiter kommen dazu): Arbeiter, Schichtbauer, Wettermänner über 24 Jahre erhalten 8,64 bis 10,41 Zloty, Ortschaften im Gedinge 9,92 bis 11,89 Zloty, Füller im Gedinge 6,29 bis 8,85 Zloty, Zimmerbauer 9,34 bis 10,45 Zloty, Holzgraber 11,23 bis 12,52 Zloty. Die Verhältnisse haben sich gegen 1927 wohl ein wenig verändert. Für dieses Jahr stellte das Internationale Arbeitsamt bekanntlich fest, daß der Reallohn sich verhält zu England: in Deutschland zu 100, in Polnisch-Oberschlesien 53 bis 54 zu 100!

Weil in diesem Teil Polens die bis 1922 erlassenen Gesetze gelten, haben die Kameraden hier Betriebsräte usw. Mit der Grubenkontrolle sind sie durchaus nicht zufrieden. Es scheint allgemein üblich, daß die Zechenverwaltung weiß, wann der Revierbeamte kommt. Troßdem auf den Zechen, in Kantinen usw. der Bierverkauf verboten ist, kommt es vor, daß der Revierbeamte nach der Grubenfahrt im Betriebsführerzimmer Frühstück mit Bierbefuchung zu sich nimmt. Die Beamten verdienen auch nur ungefähr 500 Zloty monatlich. Die Verurteilung liegt sehr nahe, in den Privatdierkt überzugehen. Das soll auch oft vorkommen. Ein solcher Zustand, Schielen eines Beamten nach einer privaten Stelle, kann natürlich die Art und Weise der Grubenkontrolle in gefährlichster Weise beeinflussen!

Die Versammlungen, die unsere Kameraden Limberg, Meier, Schwarz und Weber abhielten, waren durchweg überfüllt und vom besten Geist befeelt.

Im ganzen kann man wohl sagen, daß die Reise Bilder von regamer, durch die Krise schwer getroffener Wirtschaft, von begeisterter, aufstrebender Arbeiterschaft, aber auch von großer Not bot. Jede Auslandsreise bestätigt uns immer wieder: Troß Reparationsmilliarden, troß Millionen Arbeitslosen kann sich Deutschland doch noch wirtschaftlich, sozial und kulturell sehen lassen!

# Die Steinkohlenindustrie der Sowjetunion.

Im Jahre 1928-29, dem ersten Jahr der Durchführung des Fünfjahresplanes, war der Sowjetregierung die Einhaltung des Produktionsplanes der Steinkohlenindustrie nicht gelungen. Indessen stieg infolge der Erweiterung der anderen Industriezweige der allgemeine Brennstoffbedarf. Die Sowjetregierung hat infolgedessen das Kohlenförderungsprogramm für das laufende Jahr 1929-30 nicht nur nicht eingeschränkt, sondern sogar im Gegenteil von dem im Fünfjahresplan ursprünglich vorgesehenen 46,6 Mill. T. auf 53 Mill. T. erhöht. Das abgelaufene erste Halbjahr dieses zweiten Jahres des Planjahres hat die außergewöhnliche Ueberspannung der Zielsetzungen des Planes offenbart. Obgleich die Kohlenförderung in diesem Halbjahr um 23,9 Prozent im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres gesteigert werden konnte, ist die tatsächliche Produktion hinter dem Plan um 5 Prozent zurückgeblieben. Dieser an sich geringe Prozentsatz der Planunterschreitung bedeutet indes praktisch, daß mehr als 1 Mill. T. Kohle zu wenig gefördert worden ist. Da der Sowjetstaat Kohle nicht einführt, wird die Minderförderung von den Kohlenverbrauchern, den Industriebetrieben, sehr schmerzhaft empfunden.

Die Sowjetpresse bemüht sich um den Nachweis, daß objektive Hindernisse der Durchführung der Wirtschaftspläne nicht im Wege stehen und daß der Produktionserfolg einzig und allein von der vernünftigen Organisation der Arbeit und der Aktivität des Wirtschaftsapparates abhängt. Doch dieser Nachweis ist nicht stichhaltig. Gerade objektive Faktoren, die in dem unzureichenden Stand der materiellen Grundlagen der Kohlenindustrie und der Unmöglichkeit der Ausdehnung anderer Industriezweige in Gemäßheit mit den Erfordernissen der Kohlengewinnung begründet sind, ziehen der Erweiterung der bergbaulichen Produktion enge Grenzen.

Da die technische Einrichtung der Bergwerke veraltet ist, die vorhandenen Schächte überlastet und stark zerplittert sind, ergab sich für das laufende Jahr die Aufgabe, die bestehenden Schächte zu vergrößern, neue zu bauen, unrentable stillzuliegen. Aber die Schwierigkeiten des Industriebaus führten dazu, daß die Arbeit sich nach wie vor in den alten Schächten konzentrierte. Die produktiven und technischen Reserven der meisten Schächte werden bis zum Äußersten ausgeschöpft. Werke mit völlig veralteter technischer Ausrüstung, die gänzlich unrentabel arbeiten, werden neu in Betrieb genommen. Die Steigerung der Kohlenförderung in den alten Schächten sollte durch erhöhte Mechanisierung erreicht werden. Die Mechanisierung sollte im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt werden, und die auf maschinellem Wege gewonnene Kohle sollte 87,8 Prozent der Gesamtförderung ausmachen. Trotz erheblicher Erhöhung des Mechanisierungsgrades der Bergwerke (um 88,7 Prozent), die eine Steigerung des Anteils der maschinellen Förderung bis auf 32,1 Prozent der Gesamtförderung ermöglicht hat, ist der Plan, wie die Zahlen zeigen, auch auf diesem Gebiet nicht durchgeführt worden, und die Sowjetpresse bezeichnet die erzielten Resultate als unbefriedigend. Die Ausnutzung der Schrämmaschinen ist unzureichend, ihre Leistung ist niedriger, als im Plan vorgegeben war. Der mangelhafte Kugeffekt der Schrämmaschinen wird schon dadurch bedingt, daß die Mechanisierung des innerbetrieblichen Transports hinter der Mechanisierung der Förderung selbst zurückbleibt.

Im vorigen Jahre erreichte die maschinelle Förderung im Donez-Kohlenrevier 30,3 Prozent der Gesamtförderung, der maschinelle Transport nur 16,2 Prozent des Gesamttransports. Im Ural-Kohlenrevier beliefen sich die entsprechenden Zahlen auf 32 bzw. 5,4 Prozent. Im laufenden Jahre ist dieses Auseinanderklaffen zwischen der Mechanisierung der Förderung und der des Transports noch fühlbarer. Außerdem ist der Stand der Schrämmaschinen selbst sehr schlecht. In den Matejewsk-Bergwerken mußten zum Beispiel von 31 Schrämmaschinen 11 ausrangiert werden. Neue Maschinen können häufig nicht in Arbeit genommen werden, weil die Motoren fehlen, und alte müssen ausrangiert werden, weil Ersatzteile nicht zu beschaffen sind. Ueberhaupt ist die Versorgung der Steinkohlenindustrie mit Ersatzteilen, Werkzeugen und Material gänzlich unbefriedigend. Die Schächte bekommen nicht in dem erforderlichen Umfang und nicht zur rechten Zeit die benötigten Eisensubstrate. Es fehlt an Schippen und Ketten, das Gestein muß mit Holzschaukeln verladen werden. Auch die Lieferung von Glühlampen läßt zu wünschen übrig. An Stahlseilen gibt es nicht die geringsten Vorräte, was in der letzten Zeit den Fortgang der Arbeit bedroht. Die Folge dieser Sachlage ist, daß sehr häufig Beschädigungen und Defekte der Maschinerie eintreten und die Arbeit ruhen muß.

Nach schwieriger gestalten sich die Neubau- und Umbauarbeiten an der technischen Umstellung alter und der Errichtung neuer Schächte. Im wesentlichen wird die Arbeit gebremst durch den Mangel an Maschinerie und Ausrüstung. Da die Sowjetregierung die Ausfuhr nicht steigern kann, sieht sie sich gezwungen, die Einfuhr einzuschränken und den Bedarf der Industrie mit einheimischen Erzeugnissen zu decken. Doch die Maschinenbauwerke, von denen erhöhte Leistungen verlangt werden, vermögen den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht zu werden.

Der Anteil der neuen Schächte an der Gesamtförderung sollte im Jahre 1929-30 auf 5 gegenüber 1 Prozent im Vorjahre erhöht werden. Zugleich sollten die Neubauarbeiten die Gewähr geben, daß auch in den nächsten Jahren eine entsprechende Steigerung der Förderung ermöglicht werden würde. Aber auf dem Gebiete der Umbau- und Neubauarbeiten zeigt sich eine starke Unterschreitung des Planes. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres sind die Umbau- und Neubauarbeiten in der Steinkohlenindustrie nur zu 24,8 Prozent durchgeführt worden. Einer der Leiter des Kohlenbergbaues schreibt in »Sa Industrialisazija«, Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates, vom 18. April: »Mit der Instandhaltung, dem Teillumbau usw. werden die Trusts und Bergverwaltungen unter dem Druck und der Kontrolle der Kohlenzentrale der Union noch irgendwie fertig werden. Was aber die Neubauarbeiten betrifft, die mit der Maschinerie (in der Richtung des Baues neuer Schächte) und der Beschaffung von fehlendem Material zusammenhängen, so wird hier dringende Hilfe des Obersten Volkswirtschaftsrates vonnöten sein. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß die Situation bedrohlich ist. Die Richtdurchführung des Neubauplanes wird die Förderung von 1930-31 und 1931-32 treffen. Denn außer den wichtigen Großschächten müssen ja im Sommer 1930 Duzende von neuen Schächten mittlerer Größe im Donez-Becken und eine Reihe von Schächten im Kusnez-Becken angelegt werden. Und die Ausrüstung für die Stollengänge ist nicht da.«

Die Sowjetregierung betreibt allenthalben eine übersteigerte Industrialisierung, die die materiellen Hilfsmittel des Landes übersteigt, und wird auf diese Weise ganz unvermeidlich dazu getrieben, die allgemeinen Defekte der industriellen Produktion durch einen verstärkten Druck auf die Arbeiterchaft wettzumachen. Gegen Ende Februar waren von den 286 531 in der Kohlenindustrie beschäftigten Arbeitern 88,7 Prozent dem Regime der ununterbrochenen Produktion unterworfen. Darüber hinaus

werden »Stoßbrigaden« in den Schächten gebildet und der »sozialistische Wettbewerb« zwischen den einzelnen Werken eingeleitet, damit die Arbeiter zur Erhöhung der Arbeitsleistung angepornt werden. Die Sowjetpresse beschwert sich darüber, daß die im Plan vorgelebene Produktivität der Arbeit nicht erzielt worden ist. Dabei muß aber darauf verwiesen werden, daß die für die Kohlenindustrie geplante Produktivitätssteigerung um 23 Prozent außerordentlich groß und um so schwerer durchzuführen war, als auch eine wesentlich erhöhte Intensität der Leistung des Arbeiters infolge der unzulänglichen objektiven Voraussetzungen häufig nicht den geringsten Kugeffekt erbringt.

Unzweifelhaft ist aber auch, daß die ungünstigen Arbeits- und Lebensbedingungen im russischen Bergbau der Erhöhung des Kugeffektes der menschlichen Arbeitsleistung abträglich sind. Die angespannte Arbeit in der Kohlenindustrie erfordert, daß die Betriebsleitungen die nötigen Maßnahmen zur Erhöhung der Betriebssicherheit und zur Verhütung von Unfällen ergreifen. Doch die Verwaltung der Bergwerke bleibt in dieser Richtung untätig. Die Defekte des Stromnetzes führen zu häufigen Schachtabbränden. Die Kabel sind häufig ungepanzert. Die Regelung der Ausschaltung des Schrämmaschinenantriebes ist unzulänglich; die Stecker werden unter starker Stromspannung herausgezogen, was stets zur Funkenentstehung führen kann. Die Lüftung ist ungenügend und verschärft die Feuergefährlichkeit der Schächte. Die Reparaturen der Lüftungsanlagen verzögern sich um Monate. Dies alles bedingt eine starke Vermehrung der Betriebsunfälle.

Ebenso ist auch die Belieferung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen unbefriedigend, und dadurch wird das Reallohnvermögen der Arbeiterchaft beschnitten. Die Sowjetregierung, die früher bestrebt war, den Reallohn auf einer bestimmten Höhe zu halten, hat unter dem Druck der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten ihre Lohnpolitik im letzten Jahr grundlegend geändert. Jetzt wird in den Plänen nur eine Erhöhung der Nominallöhne vorgegeben, die aber im laufenden Jahre auch nicht durchgeführt worden ist. Der durchschnittliche Tagesverdienst des Arbeiters belief sich im September 1929 auf 2,94 Rubel, im Dezember 1929 auf 2,73 und im Februar 1930 auf 2,84 Rubel. In Wirklichkeit war die Senkung des Reallohnes noch viel größer, da die Preise — insbesondere auf dem freien Markt — im Verlauf dieses Halbjahres stetig gestiegen sind. Obgleich die Regierung bemüht ist, die Arbeiter

durch die Genossenschaften zu niedrigen Preisen zu beliefern, zwingt die Lebensmittelknappheit und die Geringfügigkeit der Rationen der staatlichen und genossenschaftlichen Verkaufsstellen die Arbeiter in der Praxis dazu, ihren Bedarf zu einem erheblichen Teil im Privathandel mit seinen überhöhten Preisen zu decken. Der Reallohn des Arbeiters wird dadurch beträchtlich gesenkt.

Berücksichtigt man dazu auch noch die außerordentlich schlechten Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter, die trotz allen guten Absichten des Planes nicht gebessert werden konnten, so kann man sich die starke Fluktuation in der Zusammensetzung der Bergwerksbelegschaft leicht erklären. In der Kohlenindustrie des Donez-Beckens sind im ersten Halbjahr des laufenden Jahres 195 239 Neueinstellungen vorgenommen worden, davon entfielen 40 094 auf Hauer. In der gleichen Zeit sind 178 830 Arbeiter, darunter 37 798 Hauer, entlassen worden. Ein solcher Wechsel in der Zusammensetzung der Belegschaft erfordert einerseits eine Erhöhung der Gesamtzahl der Arbeiter und wirkt andererseits sehr ungünstig auf die Produktion zurück. Die Lage verschlimmert sich noch dadurch, daß der Steinkohlenbergbau unter einem ständigen Mangel an gelernten Arbeitskräften leidet. Im Donez-Becken allein gibt es ungefähr 3000 Hauer zu wenig.

Nach den Angaben der Kohlenzentrale der Union sind in der ersten Aprilhälfte 1500 Hauer und über 2000 der über Tage beschäftigten Bergarbeiter aufs Dorf abgewandert, und dieses Abströmen hält auch weiter an. Aus den Bergrevieren wird gemeldet, daß große Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitermangel sich bemerkbar machen. Die Arbeitsmarktsituation, die in den vergangenen Jahren die Ausdehnung der Produktion erschwerte, hat sich somit in diesem Jahr nicht nur nicht zum Besseren, sondern infolge der allgemeinen Sowjetpolitik im Gegenteil zum Schlechteren gewendet. Ebenso ungünstig wirkt sich der Mangel an Ingenieuren und technischem Personal aus, der durch die Politik der Fachleuteverfolgung besonders verschärft wird.

Gegenwärtig ist die Sowjetregierung mit allen Mitteln bemüht, die Produktion quantitativ zu steigern. Aber schon der Verlauf des ersten Halbjahres hat gezeigt, daß der Produktionsplan die materiellen Vorbedingungen zu wenig berücksichtigt, daß die Förderung sich auch in beschränktem Umfang nur erhöhen läßt auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse und der ausgepumpten Arbeitskraft der Arbeiterchaft. Besonders ungünstig erscheinen die Aussichten der Entwicklung in den nächsten Jahren in Anbetracht der Verzögerung und Nichterledigung der vorgegebenen Neubauarbeiten. Olga Domanewskaja.

## Aus dem Ruhrgebiet.

### Zweierlei Maß.

Gegen unseren Kameraden, den Knappschaftsältesten Knepper in Bochum, war auf Antrag des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sobotta »im öffentlichen Interesse« Anklage wegen Beleidigung erhoben worden, weil er in einer von unserem Verband herausgegebenen »Betriebs-Zeitung« den Vorwurf erhoben und begründet hatte, daß Frau Sobotta in ihrer Eigenschaft als Kassiererin des Roten Frauen- und Mädchenbundes Unterschlagungen begangen habe. Das Gericht in Bochum sprach den Kameraden Knepper von der Anklage wegen Beleidigung frei, verhängte aber 20 M. Geldstrafe über ihn wegen Uebertretung präzisegelegter Vorschriften, weil die Veröffentlichung nicht mit seinem Namen gezeichnet war.

Wir haben keine Veranlassung, uns mit der schmutzigen Wäsche der KPD. zu beschäftigen, wie sie aus dem Bericht des Bochumer »Volksblatts« vom 27. Mai ersichtlich ist. Uns genügt der Freispruch des Kameraden Knepper in der Sache Sobotta. Der Staatsanwalt hat übrigens gegen Frau Sobotta die Untersuchung wegen Unterschlagung eingeleitet. Wir können aber nicht umhin, unserer Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse für Herrn Sobotta die Klage erhob, während ein gleicher Antrag unseres Kameraden Husemann, dem unerhörte Beleidigungen durch die KPD.-Presse zugrunde lagen, seinerzeit von der Staatsanwaltschaft abgewiesen wurde.

## Vom Wesen des Verbandes.

Untersucht man einmal die Ursache, weshalb so viele Arbeiter der Organisation fernstehen, so kommt man gar leicht zu dem Trugschluß, daß nur die Vertragscheu dieser Arbeiter daran schuld sei. Doch dem ist nicht immer so. Psychologische Momente und Gründe, wie Enttäuschung, Verbitterung und anderes mehr, spielen dabei eine große Rolle. Wunderbar charakterisiert Max Adler in seinem Buch »Neue Menschen« diese ewigen Kritiker und Mörgler, indem er sagt:

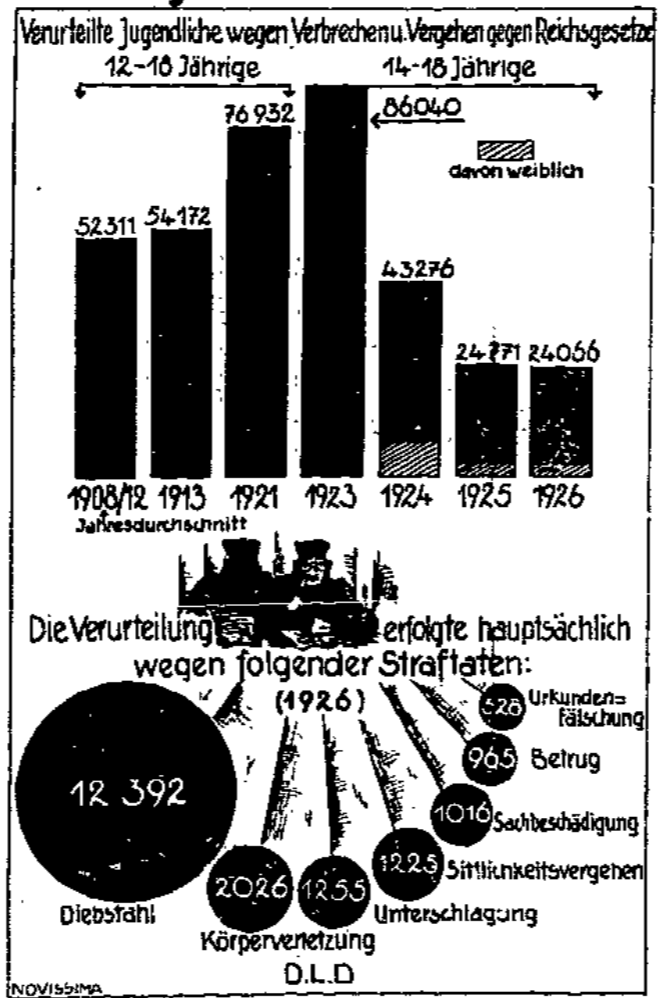
»Gewiß muß das Proletariat für die Verbesserung seiner Lebensbedingungen unablässig kämpfen, und diese Forderung bildet ja sogar einen Teil des Parteiprogramms, denn nur durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Erhöhung der Löhne, durch Ausbau der Gewerkschaften und der sozialpolitischen Einrichtungen kann es sich kampffähig machen und seine Kampffähigkeit steigern. Aber es ist ganz falsch, zu meinen, daß dieser Kampf für bessere Lebensbedingungen, dieser Kampf gegen die schrankenlose ökonomische Ausbeutung schon Sozialismus ist, und daß dies der ganze Inhalt des proletarischen Klasseninteresses sei. Im Gegenteil, ein Proletarier, der nur diesen Standpunkt seiner individuellen Lebensverbesserung hat, der unter Klassenkampf nur versteht, möglichst viel für sich an Lohngehalt und Arbeitszeitverkürzung herauszufischen, der vertritt immer nur egoistische und nicht solidarische Interessen, auch wenn er dies natürlich bloß im Verein mit seinen Klassengenossen tun kann!«

Besser und klarer formuliert kann die Ursache der Abneigung vieler Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften gar nicht werden. Und weil eben viele Proletarier ihre egoistischen Interessen nicht sofort verwirklicht sehen und nicht sogleich in den Besitz materieller Vorteile gelangen, lehnen sie der Organisation den Rücken. Einen Streik zu entfachen ist wohl sehr leicht, aber einen Streik zu gewinnen um so schwerer, denn die Aussicht richtet sich nicht nur nach dem Verlangen und dem Streikwillen der Arbeiter, sondern vielmehr nach den Konjunkturverhältnissen des jeweilig betroffenen Industriezweiges. Darin aber, daß die Aussicht auf das Gewinnen eines Kampfes den die Lage überblickenden Führern überlassen sein muß und ihnen auch die letzte Entscheidung zum Streiksignalgeben vorbehalten ist, erblicken viele Arbeiter einen Verrat der Führer. Die Tatsache ist doch aber die, daß nicht die Führer, sondern die Arbeiterchaft selbst die Schuld eines verlorenen Streites trägt. Es liegt dies daran, daß man von einer Massenpsychik bei einem Streik oft nicht reden kann, weil durch die Rückwirkung des Streites — in geistiger und materieller Hinsicht — der eine Teil der Masse sich individualisiert, hingegen der andere Teil zum Radikalismus neigt.

Die Ursache dieser Unzufriedenheit, dieser Rebellion und Spaltung der Masse liegt in dem angeborenen Egoismus und in dem naturhaften Selbsterhaltungstrieb des Menschen. Eine der vielen Folgeerscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist auch der Streik. Trotz seiner sozial-psychologischen Berechtigung ruft er aber Rückwirkung hervor, die zum großen Teil nur die produktiv schaffende Masse psychisch wie physisch zu spüren bekommt. Man darf deshalb den Streik, eben weil er so tief einschneidend in das Wirtschaftsleben wirkt und das Wohl des einzelnen wie auch des Volksganzen in Gefahr bringt, nur als letztes Mittel anwenden. Dem Verlangen mancher radikalen Arbeiter entsprechend müßte aber wegen jeder geringfügigen Differenz ein Streik inszeniert werden. Das hieße aber wirklich ein leichtfertiges Spiel mit dieser gefährlichen Waffe treiben. Eine starke und straffe Organisation, hinter welcher eine gut disziplinierte und geschulte Arbeitermasse steht, wird ihr Recht auch sehr oft zu erreichen und die Wünsche und Forderungen der Mitglieder durchsetzen.

Aber leider fallen so viele Proletarier den gewissenlosen Verleumdungen der extremen linken und rechten Feinde zum Opfer. Nicht das Geisteswert ist die edle Waffe der Gegner der Gewerkschaften, sondern die Intrige und die Lüge. Aber einmal muß die Wahrheit sich doch Bahn brechen und mit Unerbittlichkeit alles hinwegfegen, was an Lug und Trug sich ihr entgegenstellt. Ewige Wandlung und Entwicklung ist alles im Sein und so wird auch der Tag kommen, an dem die kapitalistische Profitwirtschaft zu einer sozialistischen Bedarfswirtschaft umgeformt ist. Wir aber, die wir mitten drin in diesem Umwandlungsprozeß stehen, müssen und können durch unser zähes Streben und Kämpfen dazu beitragen, daß die Reise der neuen

## Jugend vor Gericht



Unter den Auswirkungen des Jugendgerichtsgesetzes, das allerdings die untere Grenze des Strafmündigkeitsalters vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufgehoben hat, hat sich die Kriminalität der Jugendlichen in den letzten Jahren erheblich vermindert. Neben der in Verbindung mit den Jugendgerichten wirkenden Jugendgerichtshilfe trägt zur Bekämpfung der Kriminalität neuerdings auch eine Bewegung bei, die es sich zum Ziel gesetzt hat, durch Einführung planmäßiger Belehrung in den Schulen über das bürgerliche Recht und das Strafgesetzbuch sowie das Jugendgerichtsgesetz die Jugend zur Achtung vor den Gesetzen zu erziehen und ihnen die Folgen der Uebertretungen vor Augen zu führen.

